Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 M., frei Haus 5,– M., durch unsere Landboten 5,20 M. frei Haus, durch die Post bezogen 6 M einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 M., für Stellenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der gelegentlich erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 21 — Mittwoch den 26. Januar 1921 — 47. Jahrg.

Deutschland und Rußland.

Der deutsche Reichstag hat der Besprechung der von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei eingebrachten Interpellation über die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland fast zwei volle Sitzungstage gewidmet, in der richtigen Erkenntnis, daß es sich hier tatsächlich, wie auch der Minister des Äußern Simons betonte, um eine Kern- und Lebensfrage handelt. Zusammenfassend konnte der der Partei der Interpellanten angehörige Dr. Breitscheid feststellen, daß eigentlich von allen Parteien mit Ausnahme der äußersten Rechten, den Deutschnationalen, die Wiederaufnahme der Handels- und der politischen Beziehungen zu Rußland als wünschenswert bezeichnet wird und nur Bedenken über die Möglichkeit der tatsächlichen Durchführbarkeit bestehen.

Diese Bedenken sind begründet und sie haben in den Reichstagsdebatten naturgemäß einen sehr weiten Raum eingenommen. Fast keine der Parteien hat sich der Erkenntnis verschließen können, daß die wirtschaftliche Lage Rußlands außerordentlich schlecht ist. Nun gehört aber zu geregelten Handelsbeziehungen auch die Gegenseitigkeit. Rußland müßte also in der Lage sein, in dem Augenblick, in dem Deutschland Güter nach Rußland ausführen würde, auch die erforderlichen Gegenwerte zu liefern. Es kommt noch hinzu, daß es außerordentlich schwierig ist, das kommunistische System der Sowjetregierung mit dem deutschen Wirtschaftssystem in Einklang zu bringen. Diese Schwierigkeiten bestehen ja nicht nur für Deutschland, sondern sie machen sich in dem gleichen Maße in den übrigen europäischen Ländern bemerkbar. Dabei ist es gleichgültig, ob man nun die Schuld für die schlechte wirtschaftliche Lage Rußlands auf das Sowjetsystem oder auf den unendlich langen Krieg und die Wirkungen der Blockade schiebt. Es ist ja bekannt, daß die Sowjetregierung außerordentlich große Pläne zum wirtschaftlichen Wiederaufbau hat ausarbeiten lassen. Es sei hier nur erinnert an das sehr umfangreiche Problem der Elektrisierung Rußlands, über das ebenso wie über die andern ausgearbeiteten Pläne das Goldschmidt'sche Buch über das Wirtschaftssystem Sowjetrußlands Auskunft gibt. Diese Pläne hat wohl auch der Minister Simons im Auge gehabt, als er in einer früheren Rede sich verhältnismäßig günstig über das Sowjetsystem aussprach. In seiner Antwort auf die Interpellation hat Minister Simons betont, daß diese Pläne von gigantischem Ausmaß leider nur Pläne geblieben sind. Solche Pläne mögen sich in Tafeln und Karten an den Wänden der Zimmer des Obersten Wirtschaftsrats in Moskau ja sehr dekorativ ausnehmen, aber mit den Plänen allein ist natürlich dem Wiederaufbau nicht gedient. Die heutige Regierung Rußlands dürfte kaum in der Lage sein, diese Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. So sind denn irgend welche Anzeichen für einen Aufbau der russischen Volkswirtschaft, der allein einen wirtschaftlichen Verkehr ermöglichen würde, nicht zu entdecken. Das Transportwesen ist zerrüttet. Das amtliche, von der Sowjetregierung beigebrachte Material besagt, daß die Zahl der gebrauchsfähigen Lokomotiven sich von Monat zu Monat verringert. Es versteht sich von selbst, daß unter diesen Umständen der Aufbau der russischen Wirtschaft nur ganz außerordentlich langsam vonstatten gehen kann.

Zu diesen Schwierigkeiten treten, wie Minister Simons in seiner Rede ausführte, noch weitere Hemmnisse. Einmal ist es die von den Sowjetvertretern systematisch betriebene Propaganda. Keine Regierung kann sich die Einmischung russischer Delegierter in die inneren Verhältnisse des Landes gefallen lassen. Die deutsche Regierung hat sich daher genötigt gesehen, gewisse Einschränkungen der Einreiseerlaubnis eintreten zu lassen. Es muß, wie der Minister ausführte, also vorläufig sein Bewenden dabei haben, daß der Verkehr mit Sowjetrußland nicht normal, sondern nur auf dem Wege besonderer Agenten gepflogen werden kann. Es gibt ja auch zu denken, daß die Sowjetregierung selbst nur in den seltensten Fällen Einreiseerlaubnisse erteilt. Darüber hinaus spielt die Ermordung des deutschen Gesandten Mirbach in Rußland im Juli 1918 noch eine gewisse Rolle. Es ist nicht gelungen, von der Sowjetregierung irgendeine Genugtuung noch eine Mitteilung über die Bestrafung der Schuldigen zu erhalten. Trotzdem dürfte natürlich der Tod des Gesandten Mirbach, wie der demokratische Abgeordnete Gothein mit Recht ausführte, nicht ewig die Andahnung guter Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland hindern. Aber auch Gothein betonte ausdrücklich, daß, wenn es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen käme. Deutschland unbedingt verlangen müsse, daß sich die russische Regierung und ihr Gesandter jeder Beeinflussung der innerdeutschen Politik enthalten.

Auf dem Wege zur Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland liegen heute also noch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten. Trotzdem hat man dieser Frage auch in Deutschland immer ein reges Interesse entgegengebracht. Die deutsche Regierung hat bekanntlich erst unlängst einen Handelssachverständigen nach Rußland, Herrn Dr. Paul Stähler, entsandt, und man hofft, daß bald weitere Sachverständige und Kommissionen folgen können. An dem Wiederaufbau Rußlands hat Deutschland naturgemäß ein außerordentlich großes Interesse, und mit Recht betonte Minister Simons, daß der Wiederaufbau Rußlands im Interesse der Volksernährung unbedingt notwendig sei. Wenn der Minister weiter ausführte, er halte das nicht nur für eine Aufgabe Deutschlands, sondern ganz Europas, und er würde es begrüßen, wenn darüber eine Verständigung zwischen den Völkern herbeigeführt würde, so befindet er sich darin in völliger Übereinstimmung mit dem Engländer Keynes, der in seinem Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages auch dieses Problem behandelt und auf die Notwendigkeit hinweist, den russischen Markt wieder herzustellen.

Auch das System, um Rußland herum Barrieren zu ziehen, durch die hauptsächlich Deutschland geschädigt werden soll, verurteilt Keynes, ebenso wie sich Minister Simons dagegen wandte. Keynes hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Deutschland, wenn die Entente nicht zugibt, daß es sich mit Warenaustausch durch Rußland hält, unvermeidlich ein Wettbewerber um die Ernten der neuen Welt werden müsse, was naturgemäß auf die Ernährungslage in den Ententeländern zurückwirken müsse. So ist dieses Problem allein für Deutschland nicht lösbar, und wenn die ganze Debatte im Reichstag schließlich so wenig positive Ergebnisse gezeitigt hat, so ist dies einmal hierauf zurückzuführen, wie andererseits darauf, daß die Sphinx im Osten noch immer ihres Ödipus harrt.

Starkes Wachsen der Erwerbslosenzahlen.

Berlin, 26. Jan. Das Reichsarbeitsministerium teilte mit: die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember bis zum 1. Januar um 43 000 auf rund 409 000 gestiegen und zwar hat die Zahl der männlichen sich von 292 000 auf 335 000, die der weiblichen von 74 000 auf 76 000 erhöht. Der besondere Steigerung der männlichen Erwerbslosen entspricht die starke Zunahme der Familienangehörigen von 381 000 auf 454 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die unterstützten Erwerbslosen mit ihren Angehörigen nur einen Bruchteil der wirklich Erwerbslosen bilden. Tatsächlich dürfte die Zahl der Erwerbslosen und ihrer mitbetroffenen Angehörigen das Doppelte der vorgenannten Ziffern überschreiten, wozu noch die sehr große Zahl der sogenannten „Kurzarbeiter" tritt.

Starke Erhöhung der Getreidepreise für 1921.

Berlin, 26. Jan. Wie der Vorw. mitteilt, hat sich das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft entschlossen, für die nächste Ernte folgende Mindestpreise in Vorschlag zu bringen: für Roggen: 2050 M, bisher Höchstpreis 1430 M, Gerste und Hafer: 2050 M, bisher 1380 M, und Weizen: 2252 M, bisher 1570 M pro Tonne.

Die Brotversorgung bis Anfang Mai gesichert.

Berlin, 26. Jan. Wie das B. T. zuverlässig erfährt, haben sich die Behörden mit Getreide für die Brotversorgung bis Anfang Mai genügend eingedeckt. Das Sinken des Dollarkurses ermöglichte den Bezug amerikanischen Getreides zu günstigen Preisen. Eine Krisis in der Brotversorgung ist in diesem Jahr nicht zu befürchten.

Der erste Transport amerikanischer Milchkühe.

Bremen, 26. Jan. (WTB.) Der Dampfer „West Arrow" mit dem ersten Transport amerikanischer Milchkühe hat am 20. Januar Norfolk verlassen, um direkt nach Bremen zu fahren. Der Dampfer wird voraussichtlich am 4. Februar in Bremerhaven eintreffen. Dem Vernehmen nach haben einige junge amerikanische Farmer und Studenten sich freiwillig zur Verfügung gestellt, den Transport zu begleiten, für gute Pflege und Behandlung der Kühe zu sorgen und nach Möglichkeit eine gute Überfahrt des Transportes zu gewährleisten.

Wieder ein polnischer Munitionstransport angehalten.

Breslau, 26. Jan. Wie die „Schlesische Zeitung" im Abendblatt mitteilt, ist ein großer polnischer Waffen- und Munitionstransport von der Abstimmungspolizei in Oberschlesien auf der Strecke bei Krascheow, Kreis Oppeln, angehalten worden. Es wurden beschlagnahmt: 48 Gewehre, über 1000 Schuß Munition und 45 Gummiknüppel. Von den zehn Begleitern des Transportes konnten nur vier festgenommen werden.

Neuwahlen in Mecklenburg.

Schwerin, 26. Jan. In der heutigen Sitzung des mecklenburgischen Landtages brachte die Deutschnationale Volkspartei einen Antrag ein, den Landtag vorzeitig aufzulösen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Zugleich wurde beschlossen, die Neuwahlen am 13. März vorzunehmen. Der Landtag arbeitet jedoch vorläufig in der bisherigen Zusammensetzung weiter.

Rapide Entvölkerung Petersburgs.

Riga, 26. Jan. (WTB.) Aus Petersburg wird berichtet, daß die Stadt jetzt 250 000 Einwohner habe gegen 2 Millionen vor dem Kriege! Die Rede.). Der Mangel an Lebensmitteln ist viel größer als in Moskau. Von Petersburg abreisende Privatpersonen sind verpflichtet, Geiseln als Sicherheit für ihre Rückkehr zu stellen. Aber nichtsdestoweniger nimmt die Zahl der Bevölkerung in Petersburg schnell ab.

Rückzug der Bolschewisten in Persien.

Paris, 26. Jan. (W.T.B.) Times melden aus Teheran, daß die Bolschewisten die Stadt Resht verlassen haben und sich anschicken, Enseli zu räumen.

Teilweise Demobilmachung in Rußland?

Helsingfors, 26. Jan. (TU.) Meldungen zufolge soll der Volkskommissar Trotki den Befehl gegeben haben, mit der teilweisen Demobilmachung der Roten Armee zu beginnen.

Die Alliierten walten in der Türkei.

Konstantinopel, 26. Jan. (TU.) Die Alliierten haben die Zölle der Türkei mit Beschlag belegt. Der Sultan ist der einzige, der noch Geld empfängt. Die Beamten haben seit vier Monaten kein Gehalt mehr erhalten. Die Nationalisten nutzen dies für ihre Zwecke aus, indem sie Geldsendungen an die Beamten nach Konstantinopel gelangen lassen.

Neue Zusammenstöße in Italien.

Rom, 26. Jan. (TU.) In Modena ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalisten und Sozialisten gekommen. Der Generalstreik wurde ausgerufen. — In Mailand wurde gestern nachmittag ein Trupp Nationalisten die Buchhandlung des Sozialistenblattes „Avanti" in Brand zu setzen. Zum Schutz der Arbeiterkammer sind umfangreiche polizeiliche Maßnahmen getroffen worden.

Die Galizier gegen die Habsburger.

Warschau, 26. Jan. (TU.) Die galizischen Abgeordneten haben im polnischen Reichstag einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß die polnische Regierung sich gegen die Einsetzung der Habsburger in der Ukraine ausspricht. Nach neuesten Meldungen sollen die Verhandlungen habsburgischer Agenten mit der Ukraine zur Errichtung eines eigenen Königshauses sich bestätigen.

Die Pariser Ministerkonferenz.

Über den ersten Tag der Ministerkonferenz wird aus Paris noch folgender Bericht verbreitet:

Paris, 25. Jan. Das Geistpiel der Konferenz von Spa wiederholt sich bei den Pariser Beratungen. Die Alliierten können in dem Zeitraum, den sie sich gesetzt hatten, die zu besprechenden Fragen nicht erledigen. Das Abrüstungsproblem, mit dem man in der Vormittagssitzung fertig zu werden hoffte, konnte auch in der gestrigen Nachmittagssitzung zu Ende geführt werden. Es ergeben sich

schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten,

nicht nur zwischen den einzelnen alliierten militärischen Sachverständigen, sondern auch namentlich zwischen Marschall Foch und Lloyd George. Wie das „Echo de Paris" heutet andeutet, erwiderte Lloyd George gelegentlich mit ironischen Bemerkungen auf die Mitteilungen des französischen Marschalls. Wie in Paris erzählt wird, geht der Hauptwiderstand, den Lloyd George den von Marschall Foch vorgeschlagenen Lösungen des Entwaffnungsproblems entgegensetzt, hauptsächlich darauf hinaus, daß Lloyd George weitere militärische Besetzungen in Deutschland nicht zugestehen will. Auch über die Angaben der französischen Militärs, daß sich in Deutschland noch eine Million verborgener Waffen befindet, zeigte Lloyd George sich wenig beschwichtigt. Auf italienischer Seite erklärte man, daß die Hauptaufgabe der Pariser Konferenz nicht darin bestehen könne, in Deutschland Haussuchungen nach einzelnen noch verborgenen Waffen zu halten, sondern daß man die großen Prinzipien vor Augen haben müsse, um nach diesen die Frage der Abrüstung zu lösen.

Über den Gang der gestrigen Vormittags- und Nachmittagsbesprechungen in Paris liegt im „Echo de Paris" ein eingehender Bericht vor, der im großen und ganzen der Wahrheit am nächsten zu kommen scheint. Danach habe Foch ursprünglich vorgeschlagen, am 1. April die Auflösung der Einwohnerwehren vorzunehmen. Wegen der verspäteten Zusammenberufung der Pariser Konferenz wollte er den Termin bis 1. Mai ausdehnen. Natürlich

schlug Foch Strafmaßnahmen gegen Deutschland vor,

womit aber namentlich die englische und die italienische Delegation nicht einverstanden waren. Der englische General Bingham zog die den Foch und Nollet vorbereitete Statistik in Zweifel, worauf General Nollet selbstverständlich seinen Bericht verteidigte.

In der Nachmittagssitzung

sprach vor allem Lloyd George. Aus seiner Rede ergab sich, daß er mit den Franzosen nicht in voller Übereinstimmung stehe. Lloyd George erklärte, daß Deutschland beinahe vollständig seine Verpflichtungen bezüglich der Abrüstung vollzogen habe. Man sprach von seinen zahlreichen Einwohnerwehren, von seinen politischen und militärischen Einrichtungen, von der von der Reichswehr durchgeführten Ausrüstung, ein jedes Maß übersteigende, von dem heimlichen oder öffentlichen Vorhandensein der Sipo, von den in den Fertigungen von Krüppin und Königsberg aufbewahrten Kanonen. Was bereits abgeliefert und zerstört wurde, ist beträchtlich. Deutschland ist künftighin unfähig, sich auf irgendein ernstliches militärisches Abenteuer gegen die Alliierten einzulassen. Die bolschewistische Gefahr im Innern und im Äußern kann, wie Lloyd George weiter ausführte, nicht dermaßlässig werden. Deutschland kann nicht ohne Verteidigung bleiben. Bayern widersetzt sich dem Befehl von Berlin, weil dort die öffentliche Meinung Sicherheit und Schutz fordert. Ist es gerecht, daß man Deutschland, besonders die Bevölkerung des Ruhrgebiets für Fehler von München bestrafen will? Das Datum des 1. Mai, das von Marschall Foch vorgeschlagen ist, bezeichnet es nicht gerade jene Epoche, wo Unternehmungen der Roten Armee am meisten zu befürchten sind? Von diesen Voraussetzungen ausgehend

schloß Lloyd George, daß die militärischen Sachverständigen in allen ihren Schlußfolgerungen nicht recht hätten und daß man sich noch immer zu der Methode von Spa bekehren solle, und deutsche militärische Sachverständige, wie bei der Konferenz von Spa, zuziehen möge.

Diese Anschauung fand den lebhaften Widerspruch von Briand, aber Unterstützung durch Jaspar und den Grafen Sforza. Letzterer bestand darauf, da die militärischen Fragen nicht lösungsbereit seien, vorläufig das österreichische Problem in Erörterung zu ziehen, sowie die griechische und die übrigen orientalischen Angelegenheiten. In diesem Sinne wurde entschieden. Das interalliierte Militärkomitee von Versailles hat den Auftrag erhalten, einen einvernehmlichen Bericht, der von den englischen und französischen Sachverständigen ausgearbeitet ist, der Konferenz vorzulegen. In diesem Bericht werde über alle militärischen, marinetechnischen und Luftschiffahrtsfragen Auskunft zu geben sein und es steht noch nicht fest, wann dieser Bericht vorgelegt werden kann. Die gleiche Unsicherheit besteht darin, wann das Entschädigungsproblem zur Sprache kommen kann. Gestern speisten Lloyd George und Leucheur zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurde nach Pariser Zeitungsberichten nicht nur die Kohlen-, sondern auch die Entschädigungsfrage in eingehende Besprechung genommen. Wenn eine Mitteilung des „Temps" richtig ist, würde Leucheur vorgeschlagen haben, auf das System Sexdour vollständig zu verzichten und neue Methoden für die Lösung der Entschädigungsfrage zu finden. Der „Petit Parisien" erklärt, daß Leucheur Lloyd George klargemacht habe, daß man zwar auf Naturalleistungen von Deutschland eingehen müsse, daß aber die Beisiellung deutscher Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in Nordfrankreich nur in dem Maße bewilligt würde, daß die französischen Arbeiter nicht verdrängt würden. Deutschlands Fertigwaren dürften nur in dem Maße angelassen werden, als diese in Frankreich nicht hergestellt werden könnten. Deutschland solle hauptsächlich Rohstoffe, namentlich Kohlen oder jene Produkte liefern, die in Frankreich nicht erzeugt werden. Jedenfalls ist alles am Fluß und die Angabe des „Matin", daß man eine Gesamtentschädigungssumme von 269 Milliarden vorschlagen werde, beweist nicht, daß dieser Vorschlag tatsächlich unter den Alliierten erörtert wird.

Die heutige Vormittagssitzung wird sich mit der

österreichischen Frage

beschäftigen. Es ist wahrscheinlich, daß England Österreich Kredite gewähren wird. Der von Österreich gewünschte große Kredit wird aber kaum zustande kommen können, weil namentlich Frankreich erklärt, daß es nicht über genügend Geldmittel verfüge.

Die Orientfrage vor der Ministerkonferenz.

Paris, 26. Jan. Der amtliche Bericht über die gestrige Nachmittagssitzung der Pariser Konferenz lautet: Die Konferenz hat beschlossen, in allerkürzester Zeit in London eine Konferenz alliierter Delegierter einzuberufen, an der Vertreter von Griechenland und der Türkei teilnehmen sollen, um zu einer Regelung der Orientfragen zu gelangen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210126-17/fragment/page=0001

Die Hilfe für Österreich vor der Pariser Konferenz.

Aus Paris wird weiter berichtet: Lloyd George hatte Dienstag vormittag vor Beginn der Konferenz wieder eine Sonderbesprechung mit Briand. Zeitweilig konferierte Graf Sforza mit dem französischen Finanzsachverständigen Seydoux. Die Vormittagssitzung begann erst um ½12 Uhr. Sie beschäftigte sich mit dem

österreichischen Problem.

Zuerst sprach Seydoux. Er schilderte ausführlich die Lage in Österreich. Österreich brauche zunächst 80 Millionen Dollar. Dafür sollen Lebensmittel und Rohstoffe gekauft werden. Ferner brauche Österreich für die nächsten Jahre weitere 170 Millionen Dollar. Seydoux machte dann verschiedene Vorschläge, wie diese Kredite zustande kommen könnten. Lloyd George unterbrach ihn hier und sagte, das sei alles recht gut und schön, man wisse nur nicht, wer diese Riesensumme zur Verfügung stellen werde. Auch Briand und Graf Sforza griffen in die Debatte ein. Letzterer erklärte, es sei ein

ganz unerträglicher Zustand,

daß Österreich von einem Tage zum anderen sein Leben fristen müsse. Graf Sforza schlug dann vor, Österreich die 8 Millionen Pfund zur Verfügung zu stellen, die sich noch in den Händen des amerikanischen Hilfskomitees für Österreich befänden. Auch müßten Österreich die unbegehren Kosten erlassen werden, die der Aufwand der verschiedenen interalliierten Kommissionen in Wien verursache. Als Graf Sforza erklärte, daß die Alliierten in der Hauptsache selbst die gegenwärtige zerrüttete Lage des österreichischen Staates verschuldet hätten, erklärte Lloyd George, das sei nicht der Fall; Österreich habe selbst schuld an seinem verzweifelten Zustand, und zum Beweise hierfür sagte er, eine Kugel, die den Soldaten schwer verletzte, sei nicht schuld an dieser Verletzung, sondern die Schuld trage der Soldat selbst, der in den Krieg gezogen sei. Nach längerem Hin und Her wurde schließlich beschlossen, die interalliierte Militärkommission in Wien in einigen Wochen aufzulösen und auch die Wiederherstellungskommission in Wien in ihrem Umfang sehr zu beschränken. Ferner wurde beschlossen, eine Kommission mit der Aufgabe zu betrauen, in den nächsten Tagen neue Vorschläge zur Bekämpfung der Finanznot Österreichs vorzulegen. Die Kommission, die ihre Arbeiten heute schon begann, besteht aus den Herren Loucheur, Sir Robert Hall und Giovanni. In der Nachmittagssitzung wurde dann die orientalische Frage angeschnitten. Wie eine halbamtliche Mitteilung besagt, soll im nächsten Monat in London eine Alliiertenkonferenz zusammentreten, auf der wahrscheinlich Vertreter der griechischen und türkischen Regierung erscheinen werden, um verschiedene Angelegenheiten zu regeln.

Die Unstimmigkeiten.

Aus Paris wird berichtet: Die am Montag vor der Konferenz getage getretene Meinungsverschiedenheit zwischen Paris und London läßt sich dahin zusammenfassen, daß der englische militärische Sachverständige, General Wilson, bezüglich der Ziffern der Entwaffnung Deutschlands optimistischer ist als General Nollet. Dieser steht namentlich den in Deutschland noch verbliebenen 450 schweren Geschützen und den zum Selbstschutz notwendigen 400 000 Mann Einwohnerwehren mißtrauisch gegenüber. Neben den technischen Schwierigkeiten bestehen noch solche politischer Natur. Die Wiederherstellungsfrage wurde noch nicht offiziell verhandelt. Wie verlautet, dürfte der Vorschlag Seydoux fallengelassen werden. Lloyd George und Loucheur haben bereits einige Vorbesprechungen gehabt. Man glaubt nicht, daß angesichts der schwierigen Lösung des Problems die jetzige Konferenz eine endgültige Entscheidung bringen werde.

*

24 Milliarden Mark Besatzungskosten jährlich!

Berlin, 26. Jan. Graf Montelasg gibt auf Grund von Erkundigungen an unterrichteter deutscher Seite eine eingehende Zusammenstellung über die Kosten der interalliierten Besatzungsarmee im Rheinland. Danach beträgt die Gesamtsumme monatlich über zwei Milliarden oder jährlich 24 Milliarden Papiermark Besatzungskosten. Als Ursache dieser phantastischen Summe bezeichnete Montelasg die übermäßige Stärke der Besatzungstruppen und deren übermäßige hohen Gehälter. Einschließlich der französischen Truppen in Elsaß-Lothringen bewachen 200 000 Mann eine 470 Kilometer lange Grenze gegen die deutsche Reichswehr, die nur 90 000 Mann stark ist, und die im Osten eine 2000 Kilometer lange Grenze gegen Polen und Bolschewisten zu schirmen hat.

„Entwaffnungsaktion" von Entente-Offizieren.

Königsberg, 25. Jan. Nach der Ostpreußischen Zeitung begaben sich am 17. Januar, anscheinend auf eine Denunziation hin, Mitglieder der Königsberger Ententekommission im Auto mit dem ihnen zugeteilten deutschen Begleitoffizier nach einem militärischen Lagergebäude, um dort überraschend nach angeblich versteckten Heeresmaterial zu fahnden. Zu einem verschlossenen Raum des Gebäudes war im Augenblick der Schlüssel nicht zu erhalten, weil der betreffende Aufseher, der den Schlüssel verwahrte, nicht anwesend war. Daraufhin machten sich die Ententeoffiziere daran, die verschlossene Tür mit Gewalt aufzubrechen. Der deutsche Begleitoffizier, der die Mitglieder der Ententekommission auf das Ungesetzliche ihrer Handlung aufmerksam machte, erhielt zur Antwort, daß die Ententeoffiziere gezwungen seien, Gewalt anzuwenden, falls sich der deutsche Begleitoffizier dem Aufbrechen des Raumes widersetze. Die Tür wurde alsdann tatsächlich gewaltsam erbrochen.

Wie W.T.B. von amtlicher Stelle erfährt, hat der betreffende Raum tatsächlich nichts Ordnungswidriges enthalten.

Beschlagnahme der Guthaben deutscher Versicherungen in Frankreich.

Paris, 26. Jan. Der Oberste Gerichtshof ernannte einen Sequester, der ermächtigt wurde, die deutschen Güter und Guthaben der deutschen Versicherungsgesellschaften mit Beschlag zu belegen.

Die Lage im Reiche.

Für die Selbständigkeit der Eisenbahnen.

Tariferhöhungen unvermeidlich!

Hamburg, 26. Jan. Reichsverkehrsminister Gröner, der Dienstag mittag mit Vertretern seines Ministeriums in der Handelskammer weilte, sprach sich erneut für Loslösung der Reichseisenbahnverwaltung vom Reichsfinanzministerium und für ihre finanzielle Autonomie aus. Tariferhöhungen seien unvermeidlich, um eine Sanierung der Reichseisenbahnfinanzen zu erreichen. Durch sie sollen zwei Drittel des Defizits gedeckt werden, während das letzte Drittel durch Sparsamkeitsmaßnahmen aufzubringen sei.

Heimkehr unserer Gefangenen aus Sibirien.

Hamburg, 26. Jan. Die Heimkehrstelle in Hamburg teilt mit: Der Dampfer Kaiserp Maru ist mit 153 Offizieren, 1344 Unteroffizieren und Mannschaften, 76 Zivilgefangenen, 68 Frauen und 44 Kindern, im ganzen 1685 aus Sibirien heimkehrenden Reichsdeutschen am Sonnabend in Brunsbüttelkoog eingetroffen. Infolge des stürmischen Wetters konnten die Heimkehrenden erst am Sonntag mittag gelandet werden. Sie wurden gleich ins Lockstedter Lager übergeführt und werden voraussichtlich am Donnerstag in die Heimat abbefördert.

„Wir werden billiger arbeiten!"

Berlin, 25. Jan. Eine Versammlung der Löweschen Arbeiter stimmte gestern mittag mit sehr großer Mehrheit dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses zu. Der Aktionsausschuß wird bei der Direktion anfragen, in welcher Weise sie die Öffnung des Betriebes auszuführen gedenkt. Das Ergebnis dieser Unterredung wird einer morgigen Versammlung unterbreitet werden. In der heutigen Versammlung erklärten laut dem „Vorwärts" zwei Redner, die sich als Vertreter der Arbeitslosen ausgaben, die Arbeitslosen würden sich dadurch für die Annahme der Schiedssprüche rächen, daß sie in Betrieb gehen und billiger arbeiten.

Reichsminister Simons fordert Ruhe und Ordnung für Oberschlesien.

Berlin, 26. Jan. Reichsminister Dr. Simons empfing gestern einen Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros zu einer Aussprache über die Abstimmung in Oberschlesien. Der Minister sagte u. a.:

Nach den letzten aus Oberschlesien eingelaufenen Nachrichten ist die Stimmung der deutschen Bevölkerung durchaus zuversichtlich. Überall herrscht die Überzeugung, daß bei einer dem Versailler Vertrag entsprechenden, also einer freien, geheimen und unbeeinflußten Abstimmung der gesunde Sinn der Bevölkerung diese zum Votum für Deutschland führen werde. An eindringlichen Vorstellungen der Bevölkerung Oberschlesiens über die Unsicherheit in den Grenzgebieten, über den mit den brutalsten Mitteln arbeitenden Terror und über die geheimen Machenschaften gewisser polnischer Kreise hat es nicht gefehlt. Auch die deutsche Regierung hat hierüber ausführliche mit überzeugendem Material versehene Darlegungen gegeben. Deshalb erwartet man überall mit Bestimmtheit, daß die Interalliierte Kommission sofort alle ihre Mittel anwenden wird, um geordnete Zustände herzustellen. Ich selbst erwarte das auch so sicherer, als ja die Interalliierte Kommission selbst nicht im Zweifel sein kann, daß nur noch nach völliger Herstellung von Ruhe und Sicherheit eine Abstimmung möglich ist, die der wirklichen Überzeugung der Bevölkerung entspricht und deshalb allerseits anerkannt werden kann. Das geht aus den eigenen Proklamationen der Interalliierten Kommission hervor, mit denen sie früher die gleiche Ansicht zum Ausdruck gebracht hat.

Zu diesem Zweck muß aber in erster Linie die Grenze auch gegen Polen abgesperrt und gegenüber dem gemeinen und politischen Verbrechertum im Abstimmungsgebiet sowie gegen alle Versuche der Einschüchterung und Störung der Vorbereitung und der Abstimmung selbst rücksichtslos durchgegriffen werden. Ich hoffe bestimmt, daß die Interalliierte Kommission, die ihr Recht in Oberschlesien stets zu wahren bestrebt war, auch diese Pflicht mit allem Ernst und Nachdruck erfüllen wird. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß sie mit schärferen Maßnahmen vorgehen wird, deren Erfolg nicht ausbleiben kann.

Die Reichsregierung wird es jedenfalls, davon seien Sie überzeugt, auch ihrerseits an nichts fehlen lassen, um auf die Herbeiführung geordneter Verhältnisse in Oberschlesien hinzuwirken und eine ruhige Abstimmung zu sichern.

Die Pflicht der abstimmungsberechtigten deutschen Bevölkerung ist es aber, auch ihrerseits zu helfen und die Abstimmung zu einem guten Ende zu führen. Die große Zahl der Anmeldungen auswärtiger Abstimmungsberechtigter zeigt schon jetzt, in welch hohem Maße die heimattreuen Oberschlesier sich dessen bewußt sind, daß niemand bei der Abstimmung fehlen darf, und daß es auf jede Stimme ankommt, um einen Sieg zu erringen, der keine andere Entscheidung als das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland zuläßt. Die Termine für die Eintragung in die Listen sind sehr knapp bemessen. Die Frist für die Eintragung läuft am 3. Februar ab. Es darf keine Stunde für die Anmeldung verloren gehen. Sollte durch die Nachricht über schwebende Verhandlungen über die Abstimmungsmodalitäten und über die augenblicklichen Zustände in Oberschlesien da und dort eine Ungewißheit entstanden sein, so darf diese doch niemanden von der sofortigen Anmeldung abhalten. Denn nur dadurch kann sich jeder Oberschlesier das Abstimmungsrecht wirklich sichern. Wer die rechtzeitige Anmeldung unterläßt, verliert dadurch unwiederbringlich die Möglichkeit, später an der Abstimmung teilzunehmen, und es wird ihn der schwere Vorwurf treffen, seine Heimat in ihrer Schicksalsstunde im Stiche gelassen zu haben.

Verbesserung der deutsch-polnischen Grenzverre.

Kattowitz, 26. Jan. Nach in Kattowitz eingetroffenen Meldungen werden englische Truppen in Kürze in Oberschlesien eintreffen, um die deutsch-polnische Grenze besser zu sperren. Leider sollen nur einige Kompagnien abgeschickt werden, was natürlich völlig unzureichend sein würde. Allerdings heißt es, daß die italienischen Truppen in Oberschlesien auf 5000 Mann verstärkt werden würden. Die Verstärkungen sollen bereits in den nächsten Tagen ankommen.

Politische Uebersicht.

Italien.

Italiens Interesse am Anschluß Deutschösterreichs.

Rom, 25. Jan. Der Giolitti Politik stets besonders nachdrücklich vertretende „Tempo" bespricht Deutschösterreichs Lage und betont, das einzige Mittel zur Rettung sei der Anschluß an Deutschland. Italien habe auch ein Interesse daran, dies zu gestatten, damit nicht Frankreich, England und Amerika sich Deutschösterreichs Gebirgswälder, Industrien, Banken usw. bemächtigten, und damit Italien an seinen Grenzen an Stelle dieser starken Länder lieber das schwache Deutschösterreich finde.

England.

Blutige Tage in Irland.

London, 25. Jan. Den letzten Nachrichten aus Irland zufolge ist dort bes Ende der letzten Woche sehr blutig verlaufen. In sechs Orten wurden Mitglieder der Sinn-Feiner standrechtlich erschossen. Die Hilfskräfte der Polizei nahmen mit bewaffneter Hand den Ort Tuam und plünderten ihn. Wieder verhafteten sie Menschen in ihren Betten, töteten drei der Verhafteten und verwundeten vier, worauf sie die Wohnräume plünderten. Drei Irländer, die aus dem Gefängnis in Hesford zu entweichen suchten, wurden erschossen. Drei Polizisten wurden getötet und zwei verwundet. In dem Orte Monaghan wurden zwei englische Gutshöfe entführt.

Der internationale Bergarbeiterbund für Abschaffung der Überschichten.

London, 25. Jan. In der heutigen Schlußsitzung des Vollzugsausschusses des Internationalen Bergarbeiterbundes wurde die Lage der Kohlenindustrie Deutschlands erörtert und eine Entschließung angenommen, in der eine internationale Aktion gefordert wird, um die Kohlenversorgung mit der Nachfrage in Europa in nähere Beziehung zu bringen. Die Bergarbeiter aller Länder werden aufgefordert, die Überschichten abzuschaffen. Der Ausschuß beschloß, die Entschließung unverzüglich der augenblicklich in Paris tagenden Konferenz der Häuptlinge der alliierten Regierungen zu übermitteln.

*

Deutschland.

Das Auswärtige Amt im Hauptausschuß.

Der Haushaltungsausschuß des Reichstages setzte gestern die Besprechungen über das Auswärtige Amt fort. Der frühere Reichskanzler, der Sozialdemokrat Müller, wies darauf hin, daß die Verwendung aller Schichten im auswärtigen Dienst bei der schlechten Bezahlung undurchführbar sei. Er verteidigte das Regionalsystem des Geheimrats Schüler und hoffte, daß dessen wertvolle Kraft dem Auswärtigen Amt nicht verloren gehen würde. Je mehr die Republik von uns gesetzlich wird, um so größeres Vertrauen würden wir im Ausland, namentlich bei den Neutralen, genießen. Der deutschnationale Dr. Schneider bedauerte, daß bei den Verhandlungen mit der Entente falsche Handelszahlen benutzt seien, die dann berichtigt werden müßten. Dadurch würde der moralische Kredit nicht erhöht. Dies wäre vermieden worden, wenn dem Wunsche des Ausschusses nach Vorlegung von monatlichen Nachweisen über den Außenhandel früher entsprochen worden wäre. Der Deutschnationale Hässich legte Verwahrung dagegen ein, daß die Regierung das Recht auf Festsetzung der Schulbücher vom 1. Mai 1921 preisgegeben habe, ohne den Reichstag gehört zu haben. Auf verschiedene Anregungen hin führte der Minister aus, daß die Regelung der Außenhandelsinteressen keine endgültige sei. Die Kompetenzen zwischen Reichswirtschaftsministerium und Auswärtigem Amt müßten schärfer abgegrenzt werden. Auf Kompensationsverträge mit dem Ausland müsse ihr größter Wert gelegt werden. Die Wiederherstellung auf Annäherung der Völker gewonnen zur Ausbehnung, aber im Ausland bestände uns gegenüber noch ein großer Haß. Das Jahr 1921 werde eine bedeutende Rolle in der Annäherung der Völker spielen. Die Tagung der Vereine vom Roten Kreuz, die Tagung des Völkerbundes, wo die Aufnahme Deutschlands erörtert werden würde, und der Abschluß des Friedens mit Amerika würden dazu dienen. Sodann sprach der Minister den vollständigen Regierung den Dank aus für das Entgegenkommen beim Kreditabkommen. Der Demokrat Haußmann verlangte eine Vereinheitlichung des Pressewesens. Der Minister stimmte dem zu; die innere und äußere Presse müsse in einer Hand liegen. Neue Pressestatisches, wie sie gefordert würden, könne man jetzt nicht errichten. Die Angelegenheit Wolff-Büro-Havas wurde als vertraulich behandelt, nachdem ein Antrag sie nicht im Hauptausschuß, sondern im interfraktionellen Ausschuß zu behandeln auf Antrag der Demokraten abgelehnt war.

Deutschland und Japan.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Reichspräsident empfing am Sonntag in Gegenwart des Reichsministers des Äußeren Dr. Simons den neuernannten japanischen Gesandten Hioki zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Der Botschafter gab der Überzeugung Ausdruck, daß die harmonische Entwicklung der neuen Beziehungen, die der Friedensvertrag hergestellt habe, durch eine korrekte und sachliche Durchführung seiner Bestimmungen gesichert werden könne. Der Reichspräsident erklärte in seiner Antwort, das deutsche Volk habe schon reichlich Beweise seines ernsten Willens erbracht, die harten Bestimmungen des Möglichen sachlich zu erfüllen. Er sei überzeugt, daß es im allgemeinen Interesse Deutschlands und Japans liege, die früheren geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder herzustellen.

Provinz und Nachbarländer.

† Weißenfels, 25. Jan. Die in den Tageszeitungen verbreitete Nachricht, daß die hiesige Reichsgründungsfeier am 18. Januar von der Deutschen demokratischen Partei veranstaltet worden sei, entspricht nicht den Tatsachen. Die Veranstaltung war vom Weißenfelser Bürgerausschuß in die Wege geleitet worden und stand Mitgliedern aller Parteien offen.

*

Weshalb die Reichsgründungsfeier in Halle nicht stattfinden durfte.

Berlin, 25. Jan. Wie die Pressestelle der preußischen Staatsregierung mitteilt, ist das Verbot des Umzuges, den der Deutsche Volksschutz- und Trutzbund in Halle a. d. S. für den 16. Januar plante, auf folgendes zurückzuführen: Der Umzug, bei dem man mit der Teilnahme von 5—6000 Personen rechnete, sollte zwei Tage vor dem Tage der Reichsgründung, und zwar an jenem Sonntag stattfinden, für den auch die Sozialisten eine Gedenkfeier des Mordes des Rosa Luxemburg angesetzt hatten. In Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten hatten die Gewerkschaftsführer erklärt, sie könnten die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung nur übernehmen, wenn nicht Zusammenstöße einträten, die die Arbeiter in die Hände der Hetzer treiben würden. Die Kommunisten hatten erklärt, daß sie den deutschnationalen Umzug an dem Tage ihrer Totenfeier als eine Provokation ansehen würden, und es hatte sich bereits darüber eine sehr starke Pressepolemik entsponnen. An Reichswehr standen der Regierung nur 200 Mann in Torgau zur Verfügung; die in Umbildung begriffene Schutzpolizei zählte nur die Hälfte ihrer Sollstärke. Falls es zu Unruhen gekommen wäre, so sei zu befürchten gewesen, daß diese sich auch nach dem Kreistaat Sachsen ausdehnen würden. Aus allen diesen Erwägungen heraus habe dann die Regierung in Merseburg sofortdas im Einverständnis mit der Staatsregierung. Die Red.) den Umzug verboten.

Beendeter Schulstreik in Halle.

Halle, 26. Jan. Die Versammlung der sozialistischen Elternbeiräte beschloß am Montag abend, den Schulstreik in der Hutten- und Fritzschule heute, Mittwoch, abzubrechen, und zwar auf die Zusicherung des Magistrats hin, daß die Lutherschule bis zum 20. März von den Flüchtlingen geräumt werden würde, so daß der Unterricht in dieser Schule mit Beginn des Sommerhalbjahres im vollen Umfange aufgenommen werden kann. Damit sich dies nicht durchführen läßt, wird seitens der sozialistischen Elternbeiräte mit einem Generalstreik für sämtliche hiesige Volksschulen gedroht.

Lohn- und Kohlenpreiserhöhungen im mitteldeutschen Revier.

Halle, 25. Jan. In der Lohnerhöhungsfrage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurden von der Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer folgende Richtlinien festgesetzt: Alle auf den Werken beschäftigten erwachsenen Arbeiter erhalten in den Kernrevieren eine Zulage von 3,50 M, in den Randrevieren 3,30 M je Schicht, die Frauen und Jugendlichen auf den Kernrevieren 2 M, auf den Randrevieren 1,80 M pro Schicht. Ebenso erhält alle männlichen erwachsenen Arbeiter einen Gedingezuschlag von 2,50 M je Schicht, Frauen und Jugendliche 1,50 M. Lehrlinge erhalten im ersten Jahre wöchentlich 70 M, im zweiten Jahre 90 M, im dritten Jahre 110 M je Woche, in den Randrevieren 5 v. H. weniger. Diese Erhöhungen sollen am 1. Februar nach der

Kohlenpreiserhöhung

erfolgen. Das Syndikat fordert für je eine Mark Lohnerhöhung einen Preiszuschlag von 2,27 M für die Tonne Briketts und 0,66 M für die Tonne Rohkohlen, ferner einen mäßigen Aufschlag für die Industrie, Bäckereien, bewilligten Lohnerhöhungen. Es ist mit 15 M Aufschlag für die Tonne Briketts und etwa 4 M für die Tonne Rohkohlen zu rechnen.

Kleine Raubschan in der Provinz.

In Sondershausen wurden bei den Unterhaltungsabenden und Vereinsbällen eine auffällig große Anzahl schulpflichtiger Kinder, bleich und schmalwangig, bis herunter zu 7 und 8 Jahren, die bis in die Nacht hinein im Maskenkostüm tanzten, festgestellt. Das Verhalten der in Betracht kommenden Eltern ist angesichts der schrecklich in Zurückgebliebenen Tuberkulose ganz unverständlich. — In Merkhausen ist seit dem Jahre 1883 zum erstenmal wieder eine Ladung wrolsamischer Schweine auf dem Schlachthofe eingetroffen. — In Gotha zahlten Polizeibeamte einem Hausierer auf einem Wagen, der vor der Polizeiwache hielt, Getreide ab. Der danebenstehende Bauer mußte betrübt die schlechten Preise über sich ergehen lassen. — Bei Schnett bei Eisleben wurde der 30jährige Glasarbeiter Emil Heß erfroren aufgefunden. Von der Nachtschicht kommend, hatte er sich auf dem 1½ Stunden weiten Heimweg im heftigen Schneesturm verirrt. — In Deuben wurde am Mittwoch abend im Schlafzimmer des W. Nagel ein Geldschrank mit über 11 000 M Inhalt gestohlen. — In Espenhain bei Torgau entstand beim Abbrennen von Fürbertellen eine Explosion, bei der zwei Arbeiter getötet wurden. — In Salzmünde wurden 22 Verhaftungen vorgenommen. Man ist umfangreichen Eisenbahndiebstählen auf die Spur gekommen.

Merseburg und Umgegend.

26. Januar.

** Aus der Merseburger Geschäftswelt. Im hiesigen Handelsregister ist die Firma Merseburger Autoverleihzentrale Hans Engel gelöscht worden. Bei der Firma Karl Tänzer Adolf Schäfers Nachf. ist die Prokura des Kaufmanns Georg Haupt gelöscht worden. Eingetragen im Handelsregister wurden die Firmen Georg Haupt Textilwaren, Merseburg, Inhaber Kaufmann Georg Haupt; die Firma Robert Müller in Merseburg, Inhaber der Kaufmann Robert Müller; die Firma Landwirtschaftliche Maschinen-Gesellschaft m. b. H., Zweigniederlassung Merseburg, Stammkapital 30 000 M, Geschäftsführer Kaufmann Heinrich Steinkopf in Freiburg i. Br.

** Bestandene Meisterprüfung. Der Maschinenschlosser Gustav Ronniger, Preußerstraße wohnhaft, hat seine Meisterprüfung mit „Gut" bestanden.

** Die braunen Kondensmilchkarten verlieren Ende dieses Monats ihre Gültigkeit. Es ist deshalb notwendig, sie bis zum 31. Januar einzulösen.

** An die Einreichung der Umsatzsteuer-Erklärungen für die verflossenen Steuerabschnitte erinnert in einer Bekanntmachung im Anzeigenteile der heutigen Zeitung nochmals dringend das Finanzamt Merseburg. Bei nicht rechtzeitiger Abgabe der Erklärungen wird ein Strafzuschlag bis zu 10 Prozent erhoben, was sich doch jeder Steuerpflichtige leicht ersparen kann.

** Polnischer Abstimmungsschwindel. Weißenfelser abstimmungsberechtigte Oberschlesier bekamen am Sonnabend und Sonntag von der polnischen Abstimmungszentrale in Leipzig dieselben Formulare B, welche bereits die dortige Ortsgruppe für alle Abstimmungsberechtigte fertig gemacht hat, zugesandt mit der Aufforderung, sich sofort photographieren zu lassen und die Formulare unterschrieben und amtlich gestempelt zurückzusenden. Das ist ein ganz geriebener Schwindel. Deshalb Vorsicht! Kein Deutscher hat noch etwas mit der polnischen Abstimmungszentrale in Leipzig zu tun. Die Oberschlesier haben sich nur an die Geschäftsstelle der Oberschlesier im Rathaus am Markt zu wenden, sonst gehen ihre Stimmen verloren.

** Keine besondere Gewerbegerichtswahl. Bekanntlich sollten am 10. Februar d. J. die Wahlen zum Gewerbegericht vorgenommen werden, da man sich, wenigstens bei der Seite der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf je eine Vorschlagsliste geeinigt hat, erübrigt sich eine besondere Wahlhandlung. Die Listen hierdurch als gewählt zu betrachtenden sind im Amtsblatt der gestrigen Zeitung veröffentlicht worden. Gegen die Rechtsgültigkeit der Wahl kann innerhalb eines Monats beim Bezirksausschuß in Merseburg Einspruch erhoben werden. Die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer stellen je sieben Beisitzer zum Gewerbegericht. Der Wahlausschuß hat in seiner Sitzung vom Montag die Vorgeschlagenen, da nur eine Liste eingereicht worden war, als gewählt erklärt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210126-17/fragment/page=0002

** **Frau Stadtverordnete Scharch und die Wohlerteilung.** Unter Bezug auf unseren Bericht über die Stadtverordnetensitzung am Montag sendet uns die Stadtverordnete Frau Scharch folgende Berichtigung: „Es ist mir gar nicht eingefallen, zuzugestehen, daß mein Vorwurf nicht zutreffe, sondern ich habe lediglich richtig gestellt, daß ich mich betreffs des Vermögens in der Person geirrt habe. Es ist von mir gesagt worden, das Fräulein, welches die Strickwesle bekommen hat, hat das von mir in voriger Sitzung angegebene Vermögen, während das Vermögen des Fräulein Mahrich nicht ganz so hoch sein soll. Es kommt aber bei ihr hinzu, daß sie noch ein rentables Einkommen hat, da sie ein Hutmagazin besitzt, welches heute einen ganz annehmbaren Gewinn abwirft. Ich bin gern bereit, auch den Namen des anderen Fräulein zu nennen. Dies sind die Worte, welche ich dem Ersten Bürgermeister erwidert habe. NB. Meine Einsicht in die Liste besitzt übrigens voll und ganz meine Ansicht über die Verteilung." — Wir führen dem hinzu: Auch nach der Berichtigung durch Frau Scharch wird man wie nach unserem Bericht nichts anderes finden, als daß die Angabe der Frau Scharch, Fräulein Mahrich besitze ein Vermögen von 40 000 ℳ, nicht zutrifft, zugestandenermaßen. Das monatliche Einkommen des genannten Fräuleins beträgt nach der Angabe des Ersten Bürgermeisters Herzog 440—600 ℳ. Im übrigen hat ein Streit um Worte keinen Sinn, und wir sind selbstverständlich der Ansicht, daß die Verteilung der amerikanischen Wollsachen stets und streng nach dem Grundsatze der Bedürftigkeit zu geschehen hat, was wir von dem städtischen Wohlfahrtsamt annehmen. Nach Frau Scharch ist das nicht der Fall. Es sei auch hinzugefügt, daß nicht alle Armen und Bedürftigen irgendwie organisiert sind, wir es also dementsprechend für besser gehalten hätten, wenn das Wohlfahrtsamt die Ausgabemöglichkeit der Wollsachen an die Armsten und Bedürftigsten öffentlich bekanntgegeben und bei zu vielem Andrang die Sachen verlosungsweise oder nach Eingang der Meldungen ausgegeben hätte. Wer es nicht unbedingt muß, meldet sich dann nicht als Armster und Bedürftigster. Zur Beurteilung der Fälle konnten dann auch die Armenpfleger herangezogen werden.

** Was lange währt . . . Eine schwere Geduldsprobe wurde einer Frau von hier auferlegt. Dieser wurden am 23. Dezember 1918 zwei Sparkassenbücher über Einlagen bei der Stadtbarkasse Lützen gestohlen, die dann gefälscht wurden. Nach langwierigen Bemühungen an allen möglichen Stellen erfolgte endlich das Aufgebot und in diesen Tagen wird der Aufgebotstermin glücklicherweise abgehalten. Inzwischen aber mußte die Frau, da sie nicht an ihre Ersparnisse und Erlöse aus der Wirtschaftsauflösung kommen konnte, an anderen Stellen Darlehen aufnehmen, die natürlich die Zinsen der Sparguthaben auffraßen. Das Sprichwort „Was lange währt, wird endlich gut!" wird in diesem Falle bis Lügen gestraft.

** Gefällter Baum. An der Ecke der Hälterstraße gegenüber dem Reichskanzler ist heute früh der Baum gefällt und beseitigt worden, der in einer der letzten Wochen durch Kinderhände in Brand gesetzt worden war, zu dessen Löschung Feuerwehrleute gerufen wurden. Der hohe Baum war nur mehr wenig lebensfähig. Die Lücke wird aber den vielen, die morgens und abends um ihn herumbogen, für einige Tage bemerkbar bleiben, bis die Gewohnheit auch darüber rasch gesiegt hat.

** Der Privattheater-Verein „Tannhäuser" führte gestern abend vor wenig besuchtem Hause das fünfaktige Schauspiel „Gräfin Lea" von Paul Lindau auf. So sehr auch Einzelleistungen, wie zum Beispiel die Rolle des Notars von Deckers, die vom Spielleiter Koschei aut gegeben wurde, gefielen, so muß doch gesagt werden, daß sich der Theaterverein diesmal eine zu große Sache vorgenommen hatte, die er nicht bewältigen konnte. Schon einfach deshalb nicht bewältigen konnte, weil die erforderlichen Umkulissen der Bühne nicht schnell und gründlich genug vorgenommen werden konnten und es einfach ein Unding ist, wenn ein Büro, ein Gerichtssaal und der Salon einer schwerreichen Frau durch denselben Raum dargestellt werden. Das Stück selbst konnte sich nicht auswirken, obwohl es viele feine Einzelheiten aufwies. Anerkennenswert ist das Bestreben des Vereins, sich mit allen Erzeugnissen der Literatur bekannt zu machen und wir wünschen ihm, daß die nächste Aufführung wieder zu einem vollen Erfolg wird. G.

** Lichtbildervortrag. Zu dem am 31. Januar, abends 8 Uhr, im Schloßgartensalon stattfindenden Lichtbildervortrag über eine Reise nach Brasilien des Geh. Rats Professor D. Dr. Ficker wird uns von anderer Seite noch geschrieben: Geh. Rat Ficker, welcher vor 2½ Jahren Straßburg verlassen mußte, hatte schon früher in Halle gewirkt, und deßß dort schon seinen festen Verehrerkreis. Seine Vorträge bilden für Halle stets ein Ereignis und kann Merseburg sich deshalb glücklich schätzen, daß ein so hervorragender Redner für diesen Vortrag gewonnen wurde. Geh. Rat Ficker zeichnet ein seltenes, tiefes Kunstverständnis aus, verbunden mit großer Liebe zur Natur. Er fesselt seine Hörer durch die geistvolle, von feinem Humor zuweilen durchsetzte Art des Vortrages, welcher dabei in einer für jedermann verständlichen Weise gehalten wird. Brasilien ist ein Land, dem zurzeit allgemeines Interesse entgegengebracht wird, und so wird dieser Vortrag mit den wundervollen Lichtbildern, dessen Wiederholung in Halle stürmisch erbeten wurde, auch hier einen großen Genuß versprechen.

** Öffentliche Wahlversammlungen hält laut Anzeigen in dieser Zeitung die Deutsche Volkspartei am Donnerstag in Stadt und Kreis Merseburg ab.

*

Oberschlesier, denkt an den 3. Februar!

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat die Frist zur Eintragung der Stimmberechtigten in die Stimmlisten zu kurz bemessen. Daran kann gar kein Zweifel sein. Nicht nur aus Deutschland, auch aus dem Auslande, aus Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden, sowie aus Wien und allen Teilen Deutschösterreichs sind bei den Regierungsstellen Proteste gegen die kurze Fristbemessung eingelaufen. Am 3. Februar, abends 6 Uhr, läuft die Frist zur Eintragung in die Stimmlisten ab. Niemand kann damit rechnen, daß die Frist verlängert wird. Jeder Abstimmungsberechtigte aus dem Reich muß bis zu diesem Datum seine Eintragung erwirkt haben. Zeit ist jetzt mehr als Geld. Niemand darf auch zögern, niemand darf die Eintragung bis auf den letzten Tag hinausschieben und glauben, daß er immer noch rechtzeitig komme. Das Eintragungsformular sieht eine Reihe von Formalitäten vor, die unbedingt erfüllt sein müssen. Wird wegen Zeitmangel der einen oder der anderen Vorschrift nicht genügt, so wird nachher von polnischer Seite bestimmt die rechtmäßige Eintragung in die Stimmlisten bestritten werden. Es hat sich auch gezeigt, daß bereits eine Reihe von Rückfragen nötig geworden ist. Zur Erledigung solcher Rückfragen braucht es aber auch Zeit, und schon aus diesem Grunde ist es verkehrt, bis zum letzten Termin zu warten.

Erfreulicherweise lauten die Berichte, die bei den zuständigen Stellen in den letzten Tagen über die Lage in Oberschlesien eingegangen sind, gut. Das Deutschtum hofft zuversichtlich auf einen guten Wahlsieg. Der deutsche Erfolg wird nicht fehlen, wenn die Brüder aus dem Reiche ihre Pflicht tun. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß die Zahl der Eintragungen in die Stimmlisten schon überaus groß ist. Aber wir brauchen jeden Mann und jede Frau. Keiner darf zaudern, keiner darf fehlen. Und wenn einer hier und da Bedenken tragen sollte, wegen der Unsicherheit im Abstimmungsgebiet nach Oberschlesien zu reisen, so sei ihm gesagt, daß die deutsche Regierung alles tun wird, um auf eine Abstimmung in Ruhe und Ordnung zu wirken. Schon hat die Interalliierte Kommission eine Reihe von Anordnungen erlassen, die die Sicherheit verbürgen sollen. Die deutsche Regierung wird aber darauf dringen, daß diese Anordnungen nicht auf dem Papier stehen bleiben. Die Heimat ruft, und diesem Rufe muß jeder folgen. Vor allem aber kommt es jetzt darauf an, die kostbare Zeit, die wenigen Tage bis zum 3. Februar, nicht verstreichen zu lassen, sondern jeder Stimmberechtigte, der noch nicht in die Listen eingetragen ist, muß so schnell wie möglich die Vorbedingungen erfüllen, die ihm allein sein Stimmrecht sichern.

Alle diejenigen, die bereits vor dem 1. Januar 1904 in Oberschlesien gewohnt und erst nach dem 1. Oktober 1920 nach einem Wohnort außerhalb Oberschlesiens verzogen sind, werden aufgefordert, sich sofort in dem Büro der Ortsgruppe Merseburg der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, im neuen Rathaus am Markt, Zimmer 20, zur Eintragung in die Wahllisten bis zum 31. Januar zu melden. Die hierzu erforderlichen Aufenthaltsbescheinigungen sind zunächst nicht erforderlich. Die Beschaffung derselben wird von den Unterkommissariaten des deutschen Plebiszitkommissariats in die Hand genommen, jedoch müssen die Angaben über bisherigen Aufenthalt in Oberschlesien lückenlos gemacht werden, damit die Beschaffung der Aufenthaltsbescheinigungen schnell und reibungslos erfolgen kann.

*

Für unsere Hausfrauen.

Ausgabe von Milchkarten für den Monat Februar gegen Rückgabe der Januar-Stammkarten am morgigen Donnerstag von 8 bis 12½ und 3 bis 7 Uhr für die Kunden der Verkaufsstellen Schmalbe, Müller, Heinicke, Münzer, im alten Rathause (Burgstraße). Siehe Bekanntmachung.

*

Wetterwarte.

B. W. am 27. 1. (Donnerstag): Zunächst gelinde, früh, Regen und Schnee. Nachher kälter werdend und Schnee. — 28. 1. (Freitag): Kälter, wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, Schneeschauer.

Die Hauptversammlung des Kreis-Landbundes

über deren gestrigen Verhandlungen wir in der gestrigen Nummer schon berichteten, nahm folgenden Fortgang:

Reichstagsabg. Dr. Hemeier führte in seinem Vortrage über „Fragen der Wirtschaftspolitik" folgendes aus: Die Wirtschaftspolitik der Landwirtschaft und deren Schutz wird heute bei den parlamentarischen System nicht mehr von der Regierung betrieben. Sie müssen deshalb von der Landwirtschaft selbst betrieben werden (und das kann nach Herrn Hemeter nur der Landbund, da es sonst anscheinend keine Landwirte gibt). Dann erläuterte er die Zusammensetzung des Reichstages nach Parteien und Landwirtschaftsvertretern. Es ist nicht gelungen, einen festen interfraktionellen Landwirtszusammenschluß herbeizuführen, und zwar infolge der Gegnerschaft des bayerischen Bauernbündlers Dr. Heim, der dadurch einen festen Zusammenschluß der Bayerischen verhindern wollte, und dem sich Demokraten und Zentrum anschlossen. Es finden aber stets lose interfraktionelle Besprechungen der landwirtschaftlichen Abgeordneten statt, die den Erfolg der Aufhebung der Kartoffel- und Fleischzwangswirtschaft hatten infolge des Eintretens der Parteien von rechts bis zu den Demokraten. Ebenso erfolgreich war das Auftreten gegen die Veranlagung von Grund und Boden bei den Abgaben und Steuern. Desgleichen soll gegen die neue Hofeinnahme und die Mutter- und Milchgewirtschaftung und die Flachsbewirtschaftung vorgegangen werden. Anschließend besprach er die Arbeitsweise des Reichstages und speziell der 5. (landwirtschaftlichen) Ausschusses, die sehr schwierig sei. Der Abbau der Kriegsgesellschaften ist ein Kompromiß zwischen den Parteien. Das Reichsernährungsministerium übernahm 38 Kriegsgesellschaften, von denen nun 18 Gesellschaften aufgelöst und 12 in Liquidation sind. Aber den 1. April 1921 sollen nur noch zwei Gesellschaften bestehen bleiben, die Reichs-Kartoffelstelle, -Fleischstelle, -Fettstelle, -Zuckerstelle und -Getreidestelle. Mit dem Abbau der letzteren hat man ebenfalls begonnen. Die schärfsten Gegner jeglichen Abbaues der Zwangswirtschaft waren die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, weil sie damit Programmpunkte aufgeben müssen. Weitere Gegner waren die angestellten der Zwangswirtschaftsgesellschaften. Er ging speziell ein auf die Kartoffelzwangswirtschaftung und die getroffenen Sicherungen zur Erstellung der notwendigen Kartoffelmengen. Die Frage der Kartoffellieferungsverträge wurde auf das politische Gebiet hinübergespielt, so daß nur 35 Millionen Zentner Kartoffeln vertraglich abgeschlossen wurden. Hinzu kam der frühe Frost im Oktober. Dadurch wurde der Kartoffeltrieg herbeigeführt, der einseitig gegen die Landwirtschaft geführt und politisch ausgenutzt wurde. Auch die Aufhebung der Flachsbewirtschaftung verweise die geplatzten Fleischerschaden, daß die Aufhebung der Bewirtschaftung erfolgreich ist.

Die Frühdruschprämie ist eine Ungerechtigkeit und wir wehrten uns dagegen. Wohl oder übel mußten wir uns den leider zutreffenden Angaben des Reichsministers fügen, die bewiesen, daß im Jahre 1919 ohne Frühdruschprämie fast nichts rasch abgeliefert wurde. Gegen 1919 ergben sich bei der letzten Ernte ein Feldertrag von 14 Prozent bei Weizen und 20 Prozent bei Roggen, so daß wir 2½ Millionen Zentner Brotgetreide durch Vermittlung unserer Feinde im Auslande kaufen müssen, was nur durch die gute Welternte möglich ist, sonst müßten wir verhungern. Es sind Maßnahmen eingeleitet, um das Defizit im nächsten Jahre zu verhindern. Wir müssen alles daran setzen, um unsere eigene Produktion zu heben. Die ganze Aktion zur Beschaffung des Auslandsgetreides und Verteilung des Brotes daraus kosten dem Reich 24½ Milliarden Mark. Man soll aber Düngermittel verbilligen, um unsere Produktion zu steigern. Auf der andern Seite sieht eine relativ geringe Ablieferung des Brotgetreides durch unsere Landwirte. Tun Sie alle ihre Pflicht vollauf in der Ablieferung des Brotgetreides. Der sozialistische Unterschied zwischen Getreidepreis und hohem Futtermittelpreis muß bald auch beseitigt werden. Für jeden Zentner abgelieferte Getreidesorte soll der Landwirt einen Zentner verbilligte Futtermittel erhalten. Damit kann der Landwirt wohl zufrieden sein. Infolge der horrenden Preise für Düngemittel, nahmen die Landwirte keine Düngemittel ab. Zur Stabilisierung der Düngemittelpreise soll die Stickstoffausgleichskasse und Ausfuhr dienen. An ein Senken der Düngemittelpreise ist vorläufig nicht zu denken. Nehmen Sie deshalb die Düngemittel ab. Durch den Krieg und den Friedensvertrag von Versailles ist unsere Leistungsfähigkeit in der Landwirtschaft um rund 50 Prozent zurückgegangen. Es bleibt uns nichts anderes auf Jahrzehnte übrig als: Arbeiten arbeiten und arbeiten. Tun Sie alles, um den Riß zwischen Verbrauchern und Erzeugern nicht zu vergrößern, damit wir einen Schutz für die Landwirtschaft in späteren Jahren haben zum Segen und Wohle des Ganzen. Dem weit über der Boes-Wahlrede stehenden Vortrag folgte lebhafter Beifall.

In der Aussprache wurde Bekanntgabe der Kartoffelleistungen der Landwirte im Kreise, und Aufklärung über die angeblich große Belieferung von Schkeuditzer Brauereien mit Weizenmehl gewünscht, was zugesagt wurde.

Zum Schluß machte der Vorsitzende Mitteilung von der gemeinsamen Kandidatenliste des Kreislandbundes mit der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei für die Kreistagswahl, für die die Demokratische Partei ein Zusammengehen abgelehnt habe. Führend ist auf der Liste ein Deutschnationaler. — Die Aufstellung der Kandidaten für die Landwirtschaftskammerwahl soll von den Vorständen des Kreislandbundes und des Bundes der Landwirte vorgenommen werden.

Damit war die Tagesordnung der Versammlung erledigt und der Vorsitzende schloß mit Dankesworten gegen ½8 Uhr die Versammlung. S.

*

§ **Leunawerke**, 25. Jan. Die Theateraufführungen, die uns der Arbeiter-Bildungsverein hier an Sonntagen bietet, erfreuen sich stets eines großen Zuspruches. Das Ensemble der vereinigten Stadttheater Weißenfels-Jena ist auch bemüht, dem hiesigen Publikum etwas Gediegenes zu bieten. Eine Reihe Schöner Lust- bezw. Schauspiele gingen bisher über die Bretter. Erfreulicherweise brachte uns nun der verflossene Sonntag eine angenehme Abwechslung durch die Operette „Drei alte Schachteln", in einem Vorspiel und drei Akten von H. Haller, Musik von Walter Kollo. Das Stück übte auch hierorts eine große Anziehungskraft aus, denn schon kurz nach Kassenöffnung war der geräumige Saal dicht besetzt. Dem Oberspielleiter Alfred Horsten aus Berlin als Gast, stand ein vorzügliches Ensemble zur Verfügung. Er selbst in der Rolle als Sergeant Cornelius Hasenpfeffer führte seine Partie mit seiner Partnerin Fräulein Gretel Krull als Köchin Auguste ausgezeichnet durch. Beide verfügten über einen derart köstlichen Humor, daß wahre Lachsalven erdröhnten. Gleich gut fanden sich auch Fräulein Steffi Stefani als Ursula und Fräulein Erni Müller als Charlotte mit ihren Rollen ab. Richard Kabsch als Mittweister Treskow wirkte in Spiel und Gesang vortrefflich. Sein Tenor ist kräftig und rein und wurde beifallsfreudig aufgenommen. Auch der mit Nebenrollen beschäftigten sei gedacht, da sie zum guten Gelingen des Ganzen beitrugen. Für die Musik hatte man eine kleine Abteilung der Vereinskapelle gewonnen, welche unter Kapellmeister M. Großkopf als Gast den musikalischen Teil zur Zufriedenheit ausführte. Wenn auch die Operette des Orchesters wegen schon etwas höhere Eintrittspreise verlangt, so hat es sich bereits gezeigt, daß das hiesige Publikum dies gerne zu tragen bereit ist, denn man ist immer noch besser und billiger daran, als zu gleichen Veranstaltungen nach Halle zu fahren, wo man zunächst die teuere Eisenbahnfahrt zu tragen hat. M—a.

§ **Dürrenberg**, 26. Jan. Bei dem letzten Einbruch in der Fischerei Vesta war bekanntlich, nach den vorgefundenen Blutspuren zu urteilen, einer der Einbrecher schwer verwundet oder getötet und von seinen Komplizen mit fortgeschafft. Die Spur führte damals nach Weißenfels. Dieser Tage nun sollen Weißenfelser Fischer in der Saale eine mit einem Strick am Stein befestigte Leiche gefunden haben und man vermutet, daß es sich um jenen Einbrecher handelt, der wahrscheinlich tot oder unterwegs gestorben, in die Saal versenkt worden ist, um vor Entdeckung gesichert zu sein. Hoffentlich kommt nun Licht in die Angelegenheit.

§ **Schkeuditz**, 26. Jan. Die höhere Privatschule sammelte 400,10 ℳ, welche Summe je zur Hälfte für Oberschlesien und für die Kindernothilfe bestimmt wurde. Der Opfersinn ist anerkennenswert. Eine aufregende Szene spielte sich am Montag in der Mittagsstunde in der oberen Bahnhofstraße, an der Personen-Unterführung ab. Ein Geschirr des Gutsbesitzers Kriehme aus Cursdorf kam den Berg herab. Der Führer hatte die Gewalt über das Pferd verloren, dieses raste in vollem Galopp nach der Bahn zu und blieb direkt an der Unterführung liegen. Eine auf dem Wagen befindliche Frau war herabgeschleudert worden und trug Hautabschürfungen im Gesicht davon. Das Pferd scheint an den Fesseln schwer verletzt zu sein und wird wahrscheinlich abgestochen werden. In Gefahr kamen mehrere Personen, da um diese Zeit in der Unterführung starker Verkehr herrscht, weil vielen Arbeitern in den oberhalb gelegenen Fabriken das Mittagbrot zugetragen wird.

z. **Burgliebenau**, 26. Jan. Die Masern, jene unter den Kindern bisweilen auftretende Krankheit, haben auch in unserm Orte in zahlreichen Familien Einzug gehalten, so daß eine beträchtliche Anzahl Kinder krank daniederliegen. Auch eine größere Anzahl Schulkinder ist von der Krankheit heimgesucht, so daß der Unterricht dadurch eine wesentliche Störung erleidet. Der Verlauf der Krankheit ist durchweg ein normaler. Erwachsene sind von der Krankheit bis jetzt verschont geblieben.

*

Preisverzeichnisse im Kreise Merseburg.

Laut einer Verordnung des Landrats über Preisverzeichnisse und Preisschilder, die für den ganzen Kreis Merseburg mit Ausnahme der Stadt Merseburg gilt, sind alle diejenigen, die Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfes im Kleinhandel feilhalten, verpflichtet, in ihrem Verkaufsraum oder an ihrem Betriebsstand an auf sichtbarer Stelle ein Preisverzeichnis anzubringen, aus dem der Verkaufspreis, sowie ein etwa vorgeschriebener Höchstpreis ersichtlich ist. In diese Preisverzeichnisse sind die Preise für Fleisch-, Mehl- und Milchwaren und Heiz- und Beleuchtungsstoffe für die handelsübliche Einheit einzutragen. Wer diese Waren und Tabakwaren, Bekleidungsstücke, Uhren, Lederwaren, Schreib- und Schulartikel, Küchenbedarfsartikel und Spielwaren ausstellt, muß an jeder einzelnen Ware ein Preisschild anbringen. Verkaufte Gegenstände dürfen nicht ausgestellt werden.

*

Mücheln und Umgegend.

* **Mücheln**, 26. Jan. Lebensmittelverteilung. Auf Bezugsabschnitt 27 der Lebensmittelkarte B kommt demnächst ½ Pfund Grieß (Pfundpreis 1,28 ℳ) zur Verteilung. Die Karteninhaber müssen die Stammkarten bis zum 28. Januar 1921 bei den Kleinhändlern vorgelegt haben.

§ **Oberpfünsch**, 25. Jan. In unserem kleinen Orte ist in diesen Tagen fleißig und mit gutem Erfolge gesammelt worden. Es ergab die Sammlung für Grenzspende 208 ℳ, für Kriegswaisen 138 ℳ, für die Kriegsblinden 125 ℳ und für „Kind in Not" 556,74 Mark.

Handel — Verkehr — Industrie.

Weiteres Steigen des Marktkurses.

Der Marktkurs notierte am Dienstag in Zürich 11,45 Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,82½ Centimes gestiegen. In Amsterdam wurden für die Mark 5,27½ Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verbesserung um 0,22½ Cents bedeutet.

= **Zuckerraffinerie Halle, A.-G., Halle a. S.** Die am Sonnabend tagende Generalversammlung, an der 7278 Stimmen teilnahmen, genehmigte einstimmig die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um 5 Millionen Mark durch Ausgabe von 5000 Stück auf den Inhaber lautenden Stammaktien, welche vom 1. Oktober 1920 ab am Gewinn teilnehmen. Der Mindestbetrag wird auf 1450 ℳ für jede Aktie festgesetzt. Weiter wurde die Ausgabe von 1000 Vorzugsaktien mit 10facchen Stimmrecht genehmigt, ebenso die Bilanz und die Verteilung einer Dividende von 23 %. 500 000 ℳ erhalten wieder Arbeiter und Angestellte zur Verteilung. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

= **Die Geschäftslage des deutschen Werkstoffgewerbes** hat sich laut Corr. Tegt. im weiteren Verlauf des Monats Januar weniger günstig gestaltet. Fast in allen Zweigen hat der Rückgang der Rohstoffpreise die Käufer veranlaßt, keine neuen Aufträge zu geben, ja sogar Versuche zu machen, die früher erteilten Orders zu annullieren. Nichtsdestoweniger sind sowohl in der Wolf- wie in der Baumwollindustrie die Fabrikanten mit den früher erhaltenen Aufträgen noch einige Zeit beschäftigt, und man hofft, daß, sobald eine gewisse Stabilität in den Rohstoffpreisen eingetreten sein wird, der Geschäftsgang sich wieder normal gestalten wird. Die allgemeine Lage der Seiden-, Jute- und Leinenindustrie ist im neuen Jahr unverändert geblieben. Auch eine wesentliche Veränderung der Preislage ist nicht festzustellen.

= **Zur Lage der Hutindustrie** wird aus Fachkreisen berichtet: Das Geschäft in Herrenhüten hatte sich im Herbst vergangenen Jahres annehmbar gestaltet. Seit etwa vier Wochen aber hat ein ganz ungewöhnlich starker Rückgang eingesetzt. Das Geschäft liegt seitdem sehr ruhig und ist wie abgeschnitten. Es ist zu befürchten, daß sich bei der Zurückhaltung der Käufer die Geschäftslage weiter verschlechtert.

= **Ermäßigung der Preise für Messingwaren.** Die Deutschen Messingwerke ermäßigten den Grundpreis für Messingbleche auf 2200 Mark für Messingsorgen auf 1300 ℳ.

= **Preise für Kraftwattenstoffe.** Der Verband der Kraftwattenstoffabrikanten in Krefeld hat den Teuerungszuschlag von 15 Prozent auf alle Lagerwaren aufgehoben.

= **Preisrückgang auf dem Schrottmarkte.** Während seit Mitte Dezember ein Anziehen der Schrottpreise von 950 auf 1000 ℳ zu beobachten war und auch in der vorigen Woche die Preise anzuziehen schienen, sieht man jetzt, wie aus dem Rheinland gemeldet wird, einem erheblichen Rückgang auf 900 bis 950 ℳ gegenüber. In der vorigen Woche hat die Regierung wieder einmal mit Inkraftsetzung der Höchstpreisverordnung gedroht. Das Sinken der Preise ist aber nicht auf diese Drohung zurückzuführen, sondern wird als Folge eines allgemeinen Preisrückganges aufgefaßt und damit als Symptom für die allgemeine Marktlage.

Vermischte Nachrichten.

Das Grubenunglück in Oelsnitz (Erzgeb.)

Aus Chemnitz wird berichtet:

Die Ursachen der Explosion schlagender Wetter im Friedensschacht sind mit Sicherheit noch nicht festgestellt worden. Wie von der Direktion der Grube erklärt wird, soll ein Bergarbeiter verbotsbrüchig seine Grubenlampe geöffnet haben, wodurch der Gas an der Unglücksstelle angesammelte Kohlenstaub explodierte. Von Arbeiterseite wird aber darauf hingewiesen, daß die Lampe von den Bergleuten in der Grube selbst nicht geöffnet werden kann. Auf oder in der Nähe der Unglücksstätte arbeiteten etwa 200 Bergarbeiter. Von ihnen konnte sich die Mehrzahl retten. 38 wurden sofort getötet, über 30 wurden sehr leichter verletzt. Inzwischen ist die Zahl der Toten auf 52 gestiegen. Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Toten sich noch erhöhen wird, da viele Verunglückte lebensgefährliche Verletzungen erlitten haben.

Die Verunglückten sind größtenteils Familienväter, einer hinterläßt elf, ein anderer sieben unmündige Kinder. Die Opfer sind sämtlich geborgen. Die Verglasete, die auf 800 Meter Tiefe und bei 40 Grad Wärme vielfach nur mit Hose bekleidet oder ganz nackt arbeiteten, waren teilweise durch die Explosion erstickt und bei Flammen vielfach bis zur Unkenntlichkeit verbrannt.

Der sächsische Finanzminister Held hat sich am Dienstag vormittag nach Oelsnitz begeben. Er hat für die Hinterbliebenen der Opfer und die Verletzten eine größere Summe zur Linderung der ersten Not zur Verfügung gestellt. Ministerpräsident Buck wird an der Beisetzung der Opfer teilnehmen.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rühner, für Provinz, Lokales und Sportliches Philipp Schmitt
für Anzeigen- und Reklameteil Franz Sommer sämtlich in Merseburg
Berliner Vertretung: Walter Huhns Berlin-Schöneberg, Hauptstraße Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rühner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210126-17/fragment/page=0003

Die nächste Generation wird kahlköpfig sein!

Immer mehr nimmt, auch unter den jürgeren Männern, die Zahl der allzuhohen Stirnen, der unfreiwilligen Tonsuren zu, die Zahl der Geheimratswinkel und der ausgesprochen kahlen Köpfe. Unsolide? Das ist nicht gesagt. Genie? Nicht immer! Krankheit schon eher. Viel Schaden hat das Tragen des unhygienischen Stahlhelms angerichtet, der schwer auf den Kopfnerven lastete und das Atmen der Kopfhaut unterband. In den weitaus meisten Fällen aber ist fehlende oder unzweckmäßige Pflege des Haares schuld daran! Wo rechtzeitig vernünftige Haarpflege einsetzte, wie sie das Javol-Haarpflege-System bietet, da wurde dem Uebel rechtzeitig Einhalt geboten. Javol, das Kräuterhaarwasser der Exteriku tur, hat sich seit Jahrzehnten bewährt in der Verhütung von Haarausfall und frühzeitigem Ergrauen, in der Beseitigung von Kopfschuppen und Schinnen. Das Haar wird und bleibt voll, weich und gesund; die Kopfnerven werden durch das köstliche Kräuterparfüm wohltuend erfrischt. Javol ist in jedem einschlägigen Geschäft erhältlich. Was so vielen half — sollte es nicht auch dir helfen? Pflege dein Haar, eh' es zu spät! Pflege dein Haar mit Javol!

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern.

Gestorben.

Zinnarrenmacher Heinrich Neuhaus (67 J.), Weißenfels; Albert Heyer, Weißenfels; Viberie Barth geb. Thiesicke (49 J.), Krondorf.

Möbl. Zimmer,
Hallesche Straße, f. bess. Herrn zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Leeres oder einfach möbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit von junkem Ehepaar gesucht. Angeb. unter 1152 an die Exped. d. Bl.

Junger lediger Beamter sucht
möbl. Zimmer.
Ang. unt. 3161 an die Exp. d. Bl.

Junges, kinderl. Ehepaar
sucht zum 15. 2. oder früher
möbl. Wohn- u. Schlafz.
möglichst mit Kochgelegenheit oder 2 leere Stuben. Angeb. unt. 3166 an die Exped. d. Bl.

Junger Kaufmann, Geschäftsreisender, sucht vom 1. 2. 1921
gut möbliertes Zimmer
Angebote erbet n unter 3163 an die Exped. d. Bl.

Ein junger Handwerker sucht per sofort einfach
möbliertes Zimmer oder Schlafstelle
in der Nähe vom Markt. Betten und Bettwäsche vorhanden. Ang. unter 3165 an die Exp. d. Bl.

In Merseburg
möblierte 2 Zimmerwohnung
mit Küche und Nebengelassen sofort gesucht. Angebote unter 3164 an die Exp. d. Bl.

Guterhalt. Fahrrad
zu kaufen gesucht. Angebote unter 3160 an die Exp. d. Bl.

Geld an reelle Leute gegen Möbelsicherheit, Beschaffung v. Kapital u. Teilhaber, j. Höhe, Ankauf Wertpapiere, Kriegsanleih. durch Szydlowski, Weißenfels, Naueitr 8. Bei Briefen 1 Mark beifügen.

4000 Mark
auf sichere Hypothek auszuleihen. Zu erfragen
Hirtenstraße 9, part. r.

Einige D.-Masken
zu verleihen Gutenbergstr. 3, II.

Neuer Herren-Mantel
da zu klein, zu verkaufen
Große Ritterstr. 22.

1 P. Mil.-Langstiefeln
doppelsohlig, wenig getragen, zu verk. Gr. 42/43. Pr. 250 M. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Fast neuer Kinderwagen
zu verk. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Dreiteiliger, eiserner
Stubenofen mit **Rochröhre**
und einsatz.
Minorka - Zuchthahn
zu verkaufen Teichstraße 27.

2 junge Hunde
zu verk. Friedrichstr. 1. 1 Tr.

Hochtragende Ziege
zu verkaufen Mücheln Nr. 64.

Ein Paar Zuchttauben
zu verkaufen Hirtenstr. 9

Fußbodenölfarbe
a Pfund 10.— Mk.
Fußbodenlackfarbe
in Büchsen
a Pfund 12.— Mk.
Fritz u. Herm. Dietrich
Friedrichstraße 16—18
Telephon 173

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

Paul Friedling und Frau
Alma geb. Mittenacht.

Atzendorf, den 25. Januar 1921.

Erinnerung an die Einreichung der Umsatzsteuererklärungen

für die verflossenen Steuerabschnitte.

Die unterm 27. Dezember 1920 erfolgte Bekanntmachung betr. die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1920 und der erhöhten Umsatzsteuer auf bestimmte Leistungen 2c. wie Angeizensteuer, Beherbergungssteuer, Verwahrungssteuer, Herstellersteuer, Kleinhandelssteuer usw. wird nochmals in Erinnerung gebracht unter besonderem Hinweis darauf, daß bei nicht rechtzeitiger Abgabe der Erklärungen, also bis spätestens 31. Januar 1921 auf Grund des § 170 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer erhoben wird.

Merseburg, den 25. Januar 1921.

Finanzamt. U. G. 263/20.

Große Läufer-Schweine
darunter etliche über 1 Ztr. schwer, sowie straffe Futterschweine (nur erstklassiges Vieh) zu verkaufen
Mehlverkauf Rischmühle.

Billiger Verkauf von Resten u. Abschnitten

Die sich während des Saison-Ausverkaufes im großen Maße angesammelten
Reste und Abschnitte
sind auf Tischen geordnet und mit besonders billigen Preisen versehen zum Verkauf aufgestellt.

Otto Dobkowitz,
Merseburg.

Briketts

in einzelnen Zentnern, sowie in ganzen Fuhren
liefert von allen Gruben der Umgegend zu billigsten Tagespreisen
C. Wagner,
Auto-Lastfuhr-Unternehmen,
Telephon 697. Gutenbergstr. 13.

Pfaff Nähmaschinen
für Haushalt und Gewerbe, mustergültiges deutsches Fabrikat von hoher Vollendung empfehlen bei erleichterten Zahlungsbedingungen zu billigsten Preisen
Gustav Engel Söhne
Telephon Nr. 203

Schlachtvieh-Versicherungsverein Dürrenberg u. Umgebung
übernimmt die Versicherung der Schlachtschweine gegen Seuchengefahr und Tod oder notwendig werdendes Töten derselben
Vertreter für Merseburg und Umgegend:
Herr Harry Kämpfe in Leuna-Forst 40 a.
Schweine-Versicherungsverein Dürrenberg u. Umgebg.
Franz Bauermann, Keuschberg, Vorsitzender.

Empfehle mich den werten Vereinen und Saalbesitzern für Musik-Aufführungen aller Art.
Prima Kapelle.
Stimmungsvolle Musik.
Aug. Volker,
Nieder-Beuna Nr. 8.

Ia Maschinen-Oel
für Elektromotore liefert preiswert
P. Rudolph, Lindenstr. 6.
Spezialhaus f. Elektrotechnik.

Mod. Transmissionen lol. lieferb., Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Ia Damen-Gummi-Absätze
2—3.50 Mk.
Herren-Gummi-Absätze
von 5.50 Mk. an.
Kinderwagenreifen
von 8.50 Mk. an.
Wringerwalzen
Fahrradbereifungen
zu niedrigsten Preisen.
Max Schneider,
Schmalze Straße 14. Tel. 472.

Künstl. Höhensonne
bei Tuberkulose aller Art, Bart und anderen Flechten, kahlen Stellen im Haar, Haarausfall, Blutarmut, allgem. Nervosität
Bogenlichtbestrahlung
bei Unterschenkelgeschwüren, offenen Beinen.
Johannishad, Merseburg,
Johannisstr. 10, 1 Min. v. Markt.

Große Waschgarnituren
handgemalt und Goldlinien
130.— 165.— Mk.
Kaffeeservice,
9 tlg., m mod. breiten Tassen,
70 — Mk.
empfiehlt
E. M. Renner,
Markt 18, 1. Tr.

Spezialausführung
Neue und gebrauchte Möbel etc.
werden mit bestem Material und in feinster Ausführung preiswert gefertigt.
Fritz u. Herm. Dietrich
Friedrichstraße 16—18
Telephon 173

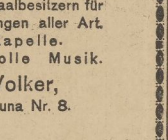
Junger vertretungsfähiger Geschäftsführer sucht zum 1. April Stellung
Ang. an Max Müller, Albersrode, Kreis Querfurt.

Oeffentl. Wählerversammlungen

Deutsche Volkspartei

Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, **Lauchstedt,** Gasthof zum Gold. Stern.
Herr Generalsekretär Hinkmann-Halle über:
„Ohne Preußen kein neues Deutschland".

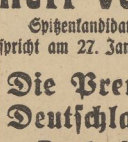
Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, in **Schkeuditz,** Ratskeller:
Herr Kaufmann Heidenreich-Halle (2. Kandidat für die Preußenwahlen) über:
„Neue Wege zur Gesundung Preußens".
Freie Aussprache. Freie Aussprache.
Deutsche Volkspartei, Kreisverein Merseburg.



Ausstellung
zur Bekämpfung der Geschlechts-Krankheiten
Merseburg Städt. Turnhalle Wilhelmstrasse,
tägl. geöffnet von 10—7 Uhr.
Donnerstag, den 27. Jan.,
Damentag.
Allo anderen Tage für beide Geschlechter.

Herr von Kardorff

Spitzenkandidat für die Landtagswahlen
spricht am 27. Januar, abends 8 Uhr im Tivoli
über
Die Preußenwahlen — Deutschlands Schicksal!
Deutsche Volkspartei.



Bahnhof Niederbeuna.
Sonntag, den 30. Januar 1921,
großer
Volks-Maskenball,
von nachmittags 3 Uhr an Ball.
Einlaß der Masken 6 Uhr.
Eintritt für Masken frei.
Hierzu ladet freundl. ein Fr. Jäsch.

Restaurant „Tivoli".
Heute
ff. Bockbier.
G. Erdmann.

Harzkäse

in 66 und 100 Stück Packung, sowie alle anderen Käsearten stets am Lager.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Wohnung: Bismarckstr. 48. **Kurt Wünsche,** Merseburg, Tel. 607. Laden-Geschäft: Seitenbeutel 7.

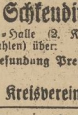
Jüng. tücht. Verkäuferin
für Herrenartikel,
jüng. tücht. Kassiererin
sucht
S. Weiss, Kl. Ritterstraße 6

Generalvertretung!

Die Wohlmuth-Aktiengesellschaft beabsichtigt in Merseburg und anderen Städten ihre Zweigniederlassung, verbunden mit Vertriebsmonopol und Fabrikniederlage an geeignete, möglichst ortsansässige Persönlichkeiten zu vergeben. In Frage kommen Bewerber, die befähigt sind, unsere Zweigstelle selbständig zu leiten, möglichst über ein Geschäftslokal oder doch bessere Wohnung verfügen und das notwendige Betriebskapital zur Lagerhaltung usw. besitzen.

Artikel: Wohlmuth elektro-galvanischer Schwachstrom-Apparat für Heilzwecke, bis jetzt bei über 27000 Familien in Deutschland eingeführt. Glänzende von ersten Autoritäten begutachtet, mehrfach ausgezeichnet. Eine 20 Bezirksstellen im Betriebe. Großzügige Propaganda wird seitens der Fabrik geleistet. Bewerbungen unter Darlegung der Verhältnisse an
G. Wohlmuth & Co., Aktiengesellschaft.
Fabriken elektro-galvanischer Apparate,
Furtwangen (Bad. Schwarzwald)

Restaurant
Hohenzollern!



Heute
Schlachtefest!
Ausschk. ff. Oettler-Bockbier.

Leipziger Möbelhaus
sucht tücht.
Privatreisenden,
auch in den Leuna Werken aut eingeführt. Off. unter L. S. 4105 an Rudolf Mosse, Leipzig.

Stadt- u. Landreisende
und Versicherungsreisende für bies. Bezirk pers. monatl. 5—8000 Mk. Lebensstellung. Off. u. 75 Handelszeitung Grabow, Mecklenburg.

Ein lediger oder verheirateter
Geschirrführer
sofort gesucht. L. Wenziger, Obere Breite Str. 5.

---

1 Klempner-Lehrling
stellt Ostern ein
Paul Mittenacht,
Klempnermeister, Karlstraße 30.

Schreiber - Lehrling
mit guter Handschrift für Büro gesucht. Angebote unter 3158 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Einen Lehrling
sucht zu Ostern
P. Müller, Böttchermstr., Schmalze Str.

---

1 kräft., ordentl. Burschen
von 15—16 J. zur Wartung des Autos und für Haus- und Gartenarbeit sucht
Dr. Bonat, Frankleben.

Deutsch-Evgl. Frauenbund
Hausfrauenverband.
Wir suchen im Nähen und wirtschaftlich erfahrene jüngere u. ältere Damen die bereit sind in Not befindlichen Hausfrauen gegen gute Entschädigung zu helfen. Meldungen bei Frau Regierungs u. Baurat Fritz Ge. Christianstr. 5.

Suche für mein Kurz-Galanterie- und Luxuswaren Geschäft
junges ehrl. Mädchen
als Stütze, event. mit Kost und Logis. Angeb. unter 3153 an die Exped. d. Bl.

Mädchen od. Aufwartung
gesucht Ober-Altenburg 15 unt.

Sofort ehrliches, kräftiges
Mädchen
für ganzen Tag als Aufwartung für Haushalt und Kartoffelgeschäft gesucht
Wagner, Gutenbergstr. 13.

Größ. Schulmädchen
sofort gesucht Delstrube 9. 1 Tr.

Schwarzes Portemonnaie mit Inhalt Montag vormittag auf dem Wege vom Bornwerk bis Bürgergarten verl. Gegen Belohnung abzugeben. Bürgergarten.

Junger gelber Hund
(Rit. Jagdhund) entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben.
Franz Grünewald, Saalstr. 5.

Derjenige,
der das Fahrrad aus dem Hausflur, Markt 18, am 25. 1., nachmittags 1/2 3 Uhr entwendet hat, ist erkannt worden und wird ersucht, dasselbe im Gaswerk abzugeben, widrigenfalls Anzeige erstattet wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210126-17/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 21. Mittwoch den 26. Januar 1921. 47. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Jan.

Haus und Tribünen sind äußerst schwach besetzt. Am Ministertisch Reichsjustizminister Dr. Heinze.

Abg. Rehrhof (U. S.) fragt wegen der Ermordung mehrerer Arbeiter im Thüringischen durch Reichswehrsoldaten im Herbst v. J. an.

Regierungsseitig wird erklärt, daß die Untersuchung noch schwebe.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Düwell (Kom.) wird nicht erteilt.

Zur Frage, ob dem

Strafverfahren gegen den Abg. Erzberger

(Ztr.) stattgegeben werden soll, teilt

Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.) als Berichterstatter mit, daß der Ausschuß sich einstimmig für Aufhebung der Immunität ausgesprochen habe. Der Ausschuß meint, daß der Grundsatz der Immunität nicht schablonenmäßig angewendet werden dürfe, sondern unter Berücksichtigung des einzelnen Falles und daß die Immunität nicht Sache des Einzelnen, sondern, daß das Haus an sich Träger der Immunität sei. Nachdem der Helfferich-Prozeß ergeben hatte, daß fünf Fragen hin nachgeprüfen waren, ob grundsätzlicher Meineid oder fahrlässiger Fascheid vorliegt, erfordert die Würde und Ehre des Hauses die Auslieferung. Auch das Zentrum sei für die Genehmigung der Strafverfolgung eingetreten. Das Verfahren solle aber unverzüglich aufgenommen werden.

Abg. Geyer (Kom.) sieht in dem ganzen Vorgehen den Abschluß einer infernalischen Hetze der nationalen Partei gegen den Abg. Erzberger und erklärt sich deshalb gegen den Antrag des Ausschusses, da politische Motive nicht mitsprechen dürfen.

Abg. Ledebour (U. S.) schließt sich dem an.

Abg. Dr. Düringer (Dn.) weist den Vorwurf der nationalen Hetze gegen den Abg. Erzberger zurück.

Abg. Dr. Pfeifer (Ztr.) stellt fest, daß Abg. Erzberger selbst die Untersuchung gewünscht hat im Interesse seiner selbst vor seiner Fraktion. Er hoffe, daß die Untersuchung bald die allgemein gewünschte Klärung schaffen werde.

Abg. Waldstein (Dem.) widerspricht der Ansicht Dr. Levys, daß das Haus sich mit seiner Stellungnahme für späterhin zugunsten des Abg. Helfferich festlege. Die Mehrheit habe übrigens nicht den mindesten Grund, sich für Herrn Helfferich einzusetzen.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Dr. Kahl (D. Vpt.) erteilt das Haus sodann mit allen Stimmen gegen die der Unabhängigen und Kommunisten die Genehmigung zur Strafverfolgung Erzbergers.

Die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Bruhn (Dn.) wird nicht erteilt.

Die Gesetzentwürfe über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920 und der Ergänzung hierzu werden debattelos an den Ausschuß verwiesen.

Es folgt die

Weiterberatung des Reichsjustizetats

und der dazu gestellten unabhängigen und kommunistischen Interpellation wegen des Amnestieerlasses.

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Der Neuaufbau unseres Landes bedingt in erster Linie den Wiederaufbau der Rechtspflege. Genau wie wir nach außen den Kampf um unser Recht führen müssen, müssen wir auch im Innern das Vertrauen zum deutschen Recht wieder herstellen. Die Kriminalität ist gewachsen, und das Volk hat sich dem Rechtsbewußtsein entzogen, weil wir während des Krieges eine Überproduktion an Gesetzen hatten und die Einzelbestimmungen dem Volke entfremdet wurden. Die Gesetzgebung muß weniger kompliziert gestaltet und zum Teil ganz abgebaut werden. Die Moral muß gehoben werden, und das Rechtsbewußtsein dem Volk wieder in Fleisch und Blut übergehen. Die Justizgesetze müssen mit dem Rechtsbewußtsein übereinkommen. Ein Zuviel der Gesetze muß vermieden werden. Die Angriffe gegen die Praxis der Gerichte richten sich kaum gegen die private Justiz, sondern eigentlich gegen die Strafjustiz. Der Fall Marloh ist auf ein Kriegsgerichtsurteil zurückzuführen. Gegen General Lubendorff hat sich nichts Belastendes ergeben. Gegen Leutnant Vogel usw. ist auf Grund der neuen Aussagen des Jägers Runge ein neues Verfahren eingeleitet worden. Die drei Arbeiter sind abgeurteilt, weil ihre Sachen geklärt waren. Das Kammergericht hat die Amnestie gegen Leutnant Vogel für unzulässig erklärt. Die Gerichte müssen umgebaut werden, damit sie in eine enge Verbindung mit dem Volksempfinden kommen. Volksrichter halte ich nicht für geeignet, denn ein Richter muß doch das Gesetz kennen, außerdem muß er kühl und unvoreingenommen sein, jeder Sache gegenüberstehen, das kann nur der geschulte Richter. Diese Reform muß schon beim Studium beginnen, namentlich müssen die neuen Rechtsgebiete der sozialen und Arbeiterfragen beim Studium berücksichtigt werden. Das corpus juris darf nicht vergessen werden. Wir konnten auf unsere Rechtspflege stolz sein, namentlich auf die des Reichsgerichts. Seine Überlastung ist uns der glänzendste Beweis des allgemeinen Vertrauens. Die Tätigkeit des Reichsjustizministeriums erstreckt sich auch auf alle Gebiete der Rechtspflege, auch auf den Entwurf zur Umgestaltung der Strafrechtspflege, die seit 20 Jahren sich nicht weiter entwickelt hat und die neue Zeit in Einklang mit den Strafbestimmungen bringen soll. Auch auf den Entwurf eines neuen Reichsstrafvollzugsgesetzes rechnen wir gleichzeitig. Das Bürgerliche Gesetzbuch wird einschneidende Änderungen erfahren, Vereinsrecht, Mietsrecht, Dienstvertrag, Mobiliar, Hypotheken heischen baldige Umgestaltung. Die Gesetze über die Unterhaltung der uneheligen Kinder, über die Vorlegung der Bilanzen an die Betriebsräte und über ihre Vertretung in den Aufsichtsräten werden dem Hause demnächst zugehen. Im Strafprozeß muß unter Zugrundelegung der bestehenden Gesetze etwas Neues aufgebaut und mit dem Prinzip der Sondergerichte gebrochen werden, dann lassen sich die Kompetenzstreitigkeiten vermeiden. Enge Verbindung mit dem Leben der Arbeiterschaft wird auch unsere Gerichte zu einem näheren Verständnis der Materie bringen. Deshalb möchte ich vor der Anregung, für die Arbeiterschaft Sondergerichte zu schaffen, entschieden warnen. Zwischen Prozessen und Rechtsstreitigkeiten, die nicht vorherbestimmt gemacht werden. Für mindermwertige Angelegenheiten darf nicht der ganze große Instanzenzug zur Anwendung gelangen. Daher muß das einzelne Richtertum mehr ausgebildet und von allen Nebenarbeiten entlastet werden. Auch das Rechtsmittel der Revision muß umgestaltet werden. Die Revision liegt nicht im Interesse des Einzelnen, sondern der Rechtspflege. Aber auch bei der Zivilrechtspflege wollen wir gewisse Änderungen treffen. Eingehende Vorarbeiten sind im Gange. Da die Gerichte aber nicht bis zu jener großen Justizreform warten können, legen wir dem Hause zunächst eine Entlastungsreform wegen der Überlastung der Gerichte vor. Ich bitte, diesem Entwurf ohne Parteirücksichten zuzustimmen. Desgleichen wird ein Gesetz über Jugendpflege dem Hause zugehen. Redner bespricht sodann die Tätigkeit der Wuchergerichte und weist dann darauf hin, daß die Amnestie die Linke benachteiligt. Nach der Statistik des Reichsgerichts sind die Prozentzahlen der amnestierten Linken weit höher als die der Rechten. Das Reichsgericht ist von den Bahnen des Rechts in keiner Weise abgewichen. Auf Hochverrat achtet das Reichsjustizministerium genau. Sobald es sich nur um geringfügige Delikte handelt, setzen wir den Reichsanwalt nicht erst in Tätigkeit. Auch die Beziehungen zum Auslande, die Auslieferungsverträge usw., werden Sache des Reichsjustizministeriums sein. Namentlich werden wir die Gesetze der österreichischen Justiz anzupassen haben. Was die Kriegsverbrecher anbelangt, so sind in 32 Fällen bereits im August vorigen Jahres Ersuchen um Belastungsmaterial an die fremden Regierungen abgegangen. Sobald die Aussagen vorliegen, werden erst neue Schwierigkeiten erwachsen, die wir jetzt noch gar nicht übersehen können. Nur England hat bislang seine Akte erledigt. Die englischen Zeugenaussagen sind aber nicht so abgefaßt, daß sie gerichtlich verwendet werden können. Wir haben deshalb nun bereits erklärt, einen Vertreter des Reichsanwalts ins Ausland zu senden, um die dortigen Regierungen über die Erfordernisse unserer Prozeßführung aufzuklären. Nach England reist ein Vertreter bereits in den nächsten Tagen ab. Der Vorwurf der Verschleppung trifft uns also nicht. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Radbruch (Soz.): Ein Zug tiefer Erbitterung gegen unsere Justiz geht durch unser Volk (lebhafter Widerspruch rechts). Insbesondere durch die Arbeiterschaft. Die Klagen, die aus unseren Kreisen kommen, richten sich gegen die Strafjustiz. Die Strafrichter werden leider als Richter zweiten Ranges angesehen. In der Strafrechtspflege werden zum großen Teil die Richter verwendet, die in der Zivilrechtspflege nicht genügend Schaffung befunden. In allen Fällen, in denen ein Abgeordneter als solcher beleidigt wird, muß die öffentliche Klage erhoben werden. Die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Strafprozeßordnung werden wir beantragen. Redner möchte vom Reichsjustizminister wissen, ob denn überhaupt auch nur ein Kapp-Verbrecher verurteilt worden ist. Können Sie, meine Herren von der Rechten, der langen Reihe ungeahndeter politischer Bluttaten gegen linksgerichtete Politiker usw. eine Gegenrechnung von ungeahndeten Verbrechen gegen rechtsstehende Persönlichkeiten entgegenstellen? Handelt es sich in allen diesen Fällen wirklich nur um unglückliche Mißverständnisse? Waren wirklich die Täter in allen diesen Fällen nicht zu ermitteln? Der Fall der Marburger Studenten wird uns Anlaß geben, bei der Beratung des Reichswehretats eine Neuordnung der Bestimmungen über den Waffengebrauch und eine Ergänzung der Strafprozeßordnung dazu zu verlangen, daß mehr als bisher auch die Angehörigen von Geblüten und Vertretern als Nebenkläger zugelassen werden. Wir fordern weiter die Wahl der Schöffen und Geschworenen durch Verhältniswahlen erfolgt. Das öffentliche Recht muß den Vorrang vor dem Privatrecht haben. Neben der Strafrechtsreform brauchen wir auch dringend eine Strafvollzugsreform. Reform unserer Justiz gehört aber auch ins Parlament, das nicht nur kritisiert, sondern mitarbeitet und mitregiert. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Bell (Ztr.) tritt besonders für die Reform der Reichspatentrichtung ein. An Stelle des Reichspatentamtes sollte ein Reichsamt für gewerblichen Rechtsschutz geschaffen werden. Der Gerichtsschutz muß erweitert werden. Nach zuverlässiger Mitteilung ist bei dem Berufungsgericht in Landau ein Negerrichter als Beisitzer tätig. Wir müssen schärfsten Protest dagegen erheben, daß ein Angehöriger der schwarzen Rasse über Deutsche zu Gericht sitzt. Den Reichsminister des Innern und den Außenminister bitte ich dringend, bei der gesamten Entente die nötigen Vorstellungen zu erheben. Was die Handhabung des Amnestiegesetzes angeht, so wissen meine politischen Freunde vollste Unparteilichkeit und Gerechtigkeit nach rechts wie links.

Abg. Dr. Barth (Dn.): Die Zeit scheint uns für die Durchführung der großen Gedanken des Ministers nicht recht geeignet. Das trifft auch für die gestellten Anträge zu. Die Angriffe auf den Minister und die Justiz sind so unerhört, daß der Schmutz, der in ihnen ausgesprochen wurde, unsere Justiz nicht erreichen kann. Die Amnestien sind kein Segen für unser Volk gewesen, hier muß einmal Halt geboten werden.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr nachmittags: Weiterberatung; kleine Vorlagen. (Schluß 6¾ Uhr.)

Deutschland.

Gothein über die Schäden der Erzbergerschen Finanzreform.

In einer Berliner Mitgliederversammlung des Hansabundes sprach der frühere Reichsschatzminister Dr. Gothein (Dem.) über die wirtschaftlichen Schäden der Erzbergerschen Finanzreform. Er ging davon aus, daß das Wirtschaftsleben unbedingt der staatlichen Ordnung und Sicherheit bedürfe, was große Steuereinnahmen voraussetze. Aber diese Steuern dürften nicht auf eine vollständige Schwächung des Wirtschaftslebens hinauslaufen und nicht höher sein, als es das Staatsinteresse unbedingt erfordere. Sie müßten so gestaltet werden, daß nicht Raubbau an unserer Wirtschaft getrieben werde. Erzbergers Finanzreform habe eine vollständige Umkrempelung unserer Finanzwirtschaft und eine weitgehende Kapitalflucht herbeigeführt. Allein nach der Schweiz seien schätzungsweise 30 Milliarden Mark verschoben worden. Der Vermögenszuwachs während der letzten Jahre sei nur fiktiv und in Wirklichkeit ein Produkt unserer gesunkenen Valuta. Wäre die Kriegszuwachssteuer nicht zu hoch (50 v. H.) eingesetzt worden, so würde sie weit höhere Erträge als jetzt ergeben haben. Die Steigerung des Reichsnotopfers bis zu 65 v. H. des Vermögens sei um so bedenklicher, als die Kriegszuwachssteuer schon viel Vermögen weggesteuert habe. Bei der Erbschaftssteuer mit ihren bis zur Unerträglichkeit geklaffelten Sätzen sei mit einer Unfähigkeit gearbeitet worden, die geradezu kapitalvernichtend wirke und den Finanzämtern Kosten aufbürde, deren sie nicht gewachsen seien. Bei der Einkommen- und Kapitalertragssteuer ist man dem bewährten englischen System gefolgt, das die Steuer an der Quelle zu erfassen suche. Aber man hätte nicht unterlassen dürfen, die Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer in Anrechnung zu bringen. Durch diese Unterlassung würde ein großer Teil unseres Effektenbesitzes in immer steigendem Maße nach dem Auslande verschoben. Die hohen Sätze der Einkommensteuer führten zu einer Proletarisierung der Wohlhabenden und zum völligen Ruin der Kleinrentener. Auf ehrlichem Wege sei künftig eine Kapitalbildung nicht mehr möglich, das bleibe nur noch den Schiebern vorbehalten. Der größte Mißgriff zeige sich aber bei der Besteuerung einmaliger Veränderungen. Diese Steuer mache Grundstücksverkäufe geradezu unmöglich und führe zur Umgehung des Gesetzes auf illegale Weise. So nur die Ehrlichen die Steuer bezahlten, die übrigen aber nicht. Meistens werde man künftig von Verkäufen absehen und lieber langfristige Pachtverträge abschließen, wodurch die erhofften hohen Steuerbeträge für den Staat verloren gingen. Diese Steuerbestimmung sei widersinnig und müsse beseitigt werden.

Wir verlangen — so schloß der Vortragende — Vereinfachung der steuerlichen Bestimmungen für die Steuerzahler, wie für die ausführenden Behörden, Beseitigung aller kleinlichen fiskalischen Vorschriften, die die Gesetze unklar und die Ausführung unmöglich machen. Die kapitalfeindlichen Tendenzen, vor allem die Besteuerung einmaliger Veränderungsgewinne, sind zu beseitigen. Eine Ermäßigung der Steuersätze unter Berücksichtigung des gesunkenen Geldwertes und unter Erhaltung der Möglichkeit der Kapitalbildung ist zwingende Notwendigkeit.

Erzberger sucht sich zu rechtfertigen.

Am Freitag war Herr Erzberger nach München gekommen, um in einer vor Parteifreunden in der Stadtkalle veranstalteten Versammlung Deutschlands Finanzlage zu besprechen. In 2½ stündiger Rede suchte er seine Finanzpolitik zu rechtfertigen, als die einzige, die Deutschland retten könnte. Beifall, Pfeifen begleiteten die Ausführung des Vaters der „Steuerreform", deren Verderblichkeit jetzt wohl überall erkannt wird.

*

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei.

Nachdem die Deutschnationalen immer mehr unter dem Einfluß des Grafen Westarp in das aktionsverdächtige Fahrwasser geraten sind und sogar Herr v. Heyde sein berühmtes Ordnungsprogramm aufgegeben hat, verschärft sich der Gegensatz zwischen den beiden Parteien, die bekanntlich, wenigstens nach ihrer Meinung, das Monopol des „Nationalen" besitzen. Einmal die Deutschnationalen können es den Volksparteilern nicht verzeihen, daß sie nach dem Arm in Arm geführten Wahlkampf nicht daran gedacht haben, die Deutschnationalen zur Regierungsbildung aufzufordern. Es regnet daher auf deutschnationaler Seite Angriffe gegen die Volksparteiler. Die Deutsche Volkspartei, die zwar erklärt hat, gegen die Demokraten mit aller Schärfe vorgehen zu wollen, will sich, wie der Abg. v. Kardorff in Frankfurt erklärt hat, zwar wehren, aber nicht zum Gegenangriff vorgehen. So teilt wenigstens die Nationalliberale Korrespondenz mit, die noch vor einigen Tagen sich dagegen gewehrt hat, daß die Deutsche Volkspartei zu den Parteien der Rechten gehöre. Herr v. Kardorff führte weiter aus, daß heute weder extrem links, noch extrem rechts regiert werden könne. Eine starke Mitte müsse maßgebend sein, für innere und äußere Politik. Das ist sehr richtig und man muß der Volkspartei lobend zugestehen, daß sie nach den Reichstagswahlen auf all ihre schönen Versprechungen und auf alle ihre Programmgrund-

Um fremdes Blut.

Roman von Amélie Hinze.

48. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Donnerwetter, Wettin", rief herzelbe ihm bereits entgegen, „was hat das zu bedeuten? Der Besuch gilt offenbar dir! Aber Mensch, wie siehst du denn aus? Hast du geschlafen? Weißt von nichts? Vor dem Hause hält eine Droschke, und eine Dame, die ausgestiegen, ist die — die berühmte — bahaha — Marchesa Orsilio!"

Er zog den Senator, der verstört zu ihm aufsah und ihn offenbar gar nicht begriff, an das Fenster.

Wettin starrte hinaus. Besuch kam jetzt? Er konnte absolut keinen Besuch gebrauchen, fühlte sich so gar nicht aufgelegt dazu. Und wie hatte doch Felix gesagt? Wer war die Besucherin? Die berühmte oder vielmehr die berüchtigte . . .

Der Gedankenfaden zerriß ihm vor dem, was er sah.

Die Angekommene hatte den Garten betreten. Wettin sah eine wahrhaft königliche Gestalt vor sich. Sie trug eine elegante, schwarze, zeitgestickte Robe; sie hielt den Kopf leicht erhoben; das Antlitz blendete förmlich durch seine brünette Schönheit. Etwas Unbeschreibbares lag über ihrer Erscheinung ausgegossen, ein Etwas, was in Wettins Augen die Angaben Rehbergs bestätigte.

„Ich habe nichts mit dieser Dame zu schaffen!" stieß er zornbebend hervor. „Was will sie hier? Mich und mein Haus kompromittieren? Ich nehme Ihren Besuch nicht an, ich — —"

„Pst", machte Rehberg, „sieh' nur — sieh'!"

Den Seitenpfad, der vom Wasser herführte und in den Mittelweg ausmündete, kam Luiselle geschritten. Und wie vom Hause aus die beiden Herren, war jetzt auch die angekommene fremde Besucherin des heranwachenden jungen Mädchens ansichtig geworden, und mit einem offenbar raschen Entschluß trat sie auf dasselbe zu.

In den beiden unerwarteten Zuschauern an einem der Fenster des Hauses weckte das sich da draußen im Garten abspielende Bild die denkbar verschiedenartigsten Empfindungen.

„Donnerwetter — Marder und Taube — die interessanteste Begegnung, die ich je mit angesehen habe!" stieß Rehberg hervor. „Was kann die Marchesa wollen?"

Das fragte sich auch Wettin. Aber voller Zorn. Heiß wallte es in ihm auf. Er hätte das Mädchen von der Fragestellerin fortreißen mögen!

Aber schon trennten sich beide. Die Dame hatte das Mädchen offenbar nur etwas gefragt.

Und jetzt klopfte es an die Tür.

Stephan trat ein, eine Visitenkarte auf silbernem Teller in der Hand.

„Es ist eine Dame da, die den Herrn Senator zu sprechen wünscht", meldete er. „Sie hat ihre Karte abgegeben."

Der Senator nahm und las sie.

„Ifotta, Marchesa Orsilio", stand darauf gedruckt, und darunter in eleganten Schriftzügen: „wünscht den Herrn Senator Wettin zu sprechen in Angelegenheiten seines Mündels, des Fräuleins Luisella Wettin."

Ein „Ah!" entschlüpfte Rehberg, der über Wettins Schulter hin die Worte gelesen hatte.

„Führen Sie die Dame in den Salon, Stephan!" erklang des letzteren Stimme tonlos.

„Tu erlaubst doch, Eberhard, daß ich im Nebenzimmer Zeuge der Unterredung bin? Eine begreifliche Neugierde . . ." flüsterte Rehberg dem Senator zu, während beide das Zimmer verließen.

Weg der Gast des Hauses zu den Hausherrn sagte, es schlug verständnislos an dessen Ohr.

Er war anscheinend wieder ganz der Unnahbare, als er gleich darauf in den Salon trat.

Bei seinem Eintritt erhob die Angemeldete sich aus einem Sessel. Sie richtete den sengenden Blick auf den Eintretenden, und ihre Menschenkenntnis sagte ihr, daß ihr ein Kampf bevorstehe.

„Sie wünschen mich in Angelegenheiten des Fräuleins Luisella zu sprechen?"

Das klang nichts weniger als eine Aufforderung, und das Fortlassen des Titels, den die Besucherin zu beanspruchen hatte, verstärkte noch die Nichtachtung, die in dem Tonfall lag.

Die Besucherin empfand es; ihr Kopf hob sich höher.

„Allerdings, Herr Senator", sagte sie. „Bevor ich mich näher legitimiere, bitte ich Sie, doch sich anzusehen, ob Sie über die Herkunft Luiselles im unklaren, oder glauben, sie sei eine Tochter des verstorbenen Seppo Pottoch in Sorrent."

Die Rechte des Senators umklammerte die Lehne des Sessels, in dem er sich der Sprecherin gegenüber niedergelassen hatte.

War dies ein Traum, ein entsetzlicher Traum? Seit er auf der Karte denselben Vornamen gelesen, den die sterbende Annunziata Pottoch nur in phantasierenden Fieberschaden noch zu bilden vermocht hatte, wußte er, wer die Besucherin war.

Mühsam brachte er hervor:

„Sie sprechen in einem sehr intimen Tone von dem Fräulein! Mit welchem Recht? Ich weiß über deren Herkunft nur so viel: daß die natürliche Mutter ihr Kind, die kleine Luisella, niedrigen, zuchtlosen Leuten übergeben hatte und daß bald darauf die Kindesmutter sie nichts mehr von sich hören ließ. Die gepreßten Pflegeeltern suchten sich nun dadurch zu entschädigen, indem sie sich das Kind abkaufen ließen."

In den Augen des Sprechers war es aufgeflammt, als wolle er dieserige, die sich anmaßte, Rechte geltend zu machen, die sie längst verwirkt hatte, zermalmen.

Der Blick der Marchesa war verschleiert, wie stets bei inneren Erregungen. Aber sie hatte ihre Rolle gut studiert.

„So wie man Ihnen die Sache zugetragen hat, sind Sie allerdings im Recht, zu verurteilen, Herr Senator", sprach sie. „Nicht aber zu beurteilen vermögen Sie, was eine unglückliche Mutter empfindet, — eine Verlassene, die, aus fürstlichem Geschlecht und blutjung, verwaist in der Welt zurückgeblieben war, belastet mit einem Fluch — dem Fluch der Schönheit — —"

Wie überwältigt von ihren Gefühlen, drückte die Erzählerin das Spitzentuch gegen die Lippen.

„In wessen Auftrag erzählen Sie mir dies alles, meine Dame?" Der Senator fragte es scharf. „Auch finde ich darin keine Entlastung."

„Keine Entlastung?" wiederholte sie. „Wenn der unglücklichen Mutter die Mittel fehlten, für ihr Kind zu sorgen? Und — als sie dies endlich vermochte, zu ihrem Kummer, ihrer Verzweiflung erfuhr, daß ihr Kind — es Kind ihrer Liebe, war nicht mehr gehörte, daß sie, sich dadurchbe zu sichern, zu spät gekommen war?"

Das Tuch an die Augen gedrückt, lehnte die Marchesa im Sessel.

Wettin erhob sich; die Szene widerte ihn unsäglich an.

„Aus Ihrem Benehmen nehme ich mit Bestimmtheit an, daß Sie selbst Luiselles Mutter sind", sagte er kurz. „Und was wünschen Sie nun noch?"

Seine Stimme vermochte nicht ganz ihre Reflexheit zu bewahren. Er wußte es ja, was sie wollte; sie wollte ihre Hand ausstrecken nach dem Mädchen, wollte das holde Geschöpf in ihre Lebensweise ziehen. Vielleicht hatte sie erfahren — — —

Und er? Wie doch das Schicksal sich so furchtbar an ihm rächte! Er vermochte das Mädchen nicht mehr zu schützen — seit einer Stunde.

Würde eine solche Mutter denn Recht bekommen, wenn sie sich bei den Gerichten suchte? Er würde es nicht geschehen lassen! Allmählich, einen Ausweg nur! Gab es denn keinen?

Auch die Marchesa hatte sich erhoben.

Wie sie so dastand, die Hände auf die Brust gelegt, die feinen Nasenflügel bebend, hätte man an den heiligen Zorn einer gekränkten Mutter glauben mögen.

„Was ich wünsche? Mein Kind, meine Tochter!" rief sie leidenschaftlich. „Ich kann mich als die Mutter Luiselles legitimieren und besitze auch die letzte schriftliche Beichte der Annunziata Pottoch. Einmal hat man mir das Recht der Mutter genommen — zum zweiten Male lasse ich es mir nicht nehmen! Ich weiß es ja zu schätzen, daß mein Kind in gute Hände gekommen ist, gewiß — doch ich habe gehört, daß Luiselles Wohlfahrtin gestorben sei, und damit habe ich das Recht auf mein Kind wiedererlangt."

Die Leidenschaftlichkeit der Sprecherin schien auf den Zuhörer übergegangen zu sein. Das kühle Patrizierantlitz durchdrang der Strahl der Leidenschaft, einer Leidenschaft, der hier wie ein reinigender Sturm wirkte, — die Sühne war für das, was vergangen.

Klar und fest klang es von seinen Lippen:

„Sie hätten als Mutter dieses Recht vielleicht zurückerlangt — die Marchesa Orsilio aber wird dieses Recht nie erlangen!"

„Was heißt das, Herr Senator?" Sie stieß die Worte fast heraus. „Ich verstehe Sie nicht!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210126-17/fragment/page=0005

sächse, diese im Wahlkampfe vorgetragen hätte, verzichtet hat, die demokratischen Forderungen angenommen hat und demokratische Politik der Mitte treibt. Unverständlich ist es aber, daß dieselbe Partei den Demokraten in Mecklenburg vorwirft, daß sie versucht haben, eine Regierung der Mitte von den Mehrheitssozialdemokraten bis zur Volkspartei zustande zu bringen. Sollten sich die Vorwürfe nicht eher gegen die Volksparteiler in Mecklenburg richten, die die von Kardorff mit Recht verlangte Politik der Mitte verhindert haben und ebenso in Lippe. Die Nationalliberale Korrespondenz greift den Demokraten Neumann-Hofer an, weil er die Partei im Wahlkampf gegen ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen in der Regierung festgelegt habe. Dadurch sei, trotzdem die sozialdemokratische Mehrheit verschwunden ist, eine rein bürgerliche Regierung unmöglich gemacht. Was heißt denn das „rein bürgerliche Regierung"? Doch nichts anderes als eine Regierung der Rechten gegen die Linke, eine Politik, die doch keineswegs der von Kardorff betonten Notwendigkeit einer Regierung der Mitte entspricht. Auch in Lippe wird eine Regierung von Sozialdemokraten bis Deutsche Volkspartei möglich sein. Wir sind gespannt, ob die Deutsche Volkspartei wiederum die Regierung der Mitte scheitern lassen wird.

Der Stand der preußischen Besoldungsvorlage.

Berlin, 26. Jan. Im ständigen Ausschuß der Preußischen Landesversammlung wurde gestern in einer Besprechung der Berichterstatter mit Geh. Oberfinanzrat Dr. Erythropel festgestellt, daß die Richtlinien, nach denen der Besoldungsplan aufgestellt ist, im wesentlichen den Beschlüssen des Hauses entsprechen. Soweit Abweichungen vorhanden waren, wurden diese genehmigt. Nachmittags trat der Ausschuß in die Beratung des Besoldungsplanes ein.

Gipfel der Geschmacklosigkeit.

Man konnte glauben, daß die Deutsche Volkspartei bei der vorigen Wahlagitation mit ihrem Flugblatt, das im übelsten Sportschieber-Jargon die volksparteilichen Kandidaten mit Rockenpferdchen, nichts zu übertreffendes geleistet habe. Das war ein Irrtum. Sie verbreitet jetzt ein Wahlflugblatt, wo auf der ersten Seite steht: „Hundertfünfzigfacher Wert Belohnung!! Verlenbalkette verloren!" und auf der Rückseite Betrachtungen daran anknüpft, was ein Arbeiter tun würde, wenn er das Halsband fände. Er würde jedenfalls die Belohnung nicht an der Parteikasse abgeben, sondern sich Hars und Garten dafür kaufen. Bei diesem Flugblatt hat die Partei von Besitz und Bildung sicherlich mehr an den Besitz als an die Bildung gedacht.

Turnen — Spiel — Sport.

Sportverein 99 (B.-B. H.)—Olympia I-Halle 1:1.

Wie zu erwarten, lieferten beide Mannschaften auf dem Kasernenhofe einen vom Anfang bis zum Ende spannenden, interessanten Kampf. 99 spielte die erste Halbzeit mit Sonne und Wind im Rücken und fast immer überlegen, doch ohne Erfolge zu erzielen. Mehrere Male wird haarscharf daneben geschossen. Da erzielt Halle durch Strafstoß seinen ersten Erfolg. Nach dem Seitenwechsel verschärft sich das Tempo. 99 ist immer wieder im Angriff. Noch 10 Minuten Spielzeit — noch schärfer wird das Tempo. Da hält Franke eine prächtige Flanke Wuttkes (III) auf und schon sitzt das Leder im Netz. Tosender Beifall der einigen Hundert Zuschauer. Halle kommt noch einige Male gut durch, so daß Brühns zweimal Gelegenheit hat, sein unh sicher zu retten. Da ertönt der Schlußpfiff. Wohlverdient teilen sich beide Mannschaften in die Punkte. Das Resultat ändert an dem Tabellenstand des Sportvereins 99 nichts, er hat immer noch die Spitze der 1. Klasse inne. Hoffentlich behauptet er sich! — Auch die II. Mannschaft der 99er konnte einen 3:0-Sieg landen. Die sehr zerfahren spielenden Sportbrüder wurden glatt abgelan. — Mit 2:4 mußte sich die III. Mannschaft, obwohl überlegen, dem glücklicheren Gegner Olympia III-Halle beugen. — Die IV. Mannschaft schlug die gleiche Germanenelf in schönem Spiel mit 2:0. — Einen schönen 7:0-Sieg konnte die I. Jugend aus Nielleben mit nach Hause bringen, obwohl sie nur mit 10 Mann antreten konnte. — Mit 1:2 verlor die II. Jugendmannschaft gegen Sportfreunde II. — Die „Steinten" holten sich einen 1:0-Sieg von der Köthener Knabenmannschaft. Ein 17:7-Torresultat und 7 Gewinnpunkte waren die sportliche Ausbeute des vergangenen Sonntags.

Turn- und Sportverein Rössen I—B. f. R.-Reiheburg I 0:5.

Auf dem Sportplatze in Reiheburg lieferten sich obige Mannschaften am vergangenen Sonntag ein sehr faires, von Anfang bis Ende spannendes Treffen. Man war gespannt, wie sich der Neuling Rössen gegen den voraussichtlichen Meister der 2. Klasse halten würde. Zur Ehre Rössens muß gesagt werden, daß die Spieler eifrig und mit Erfolg bemüht waren, das Spiel offen zu gestalten. Reiheburg ging als verdienter Sieger hervor. Bei ihm glänzte vor allem der gut kombinierende und schußfreudige Sturm, aber auch die übrige Mannschaft leistete gute Arbeit. Bei Rössen gefiel besonders der Vorwart, der verschiedene Sachen sehr sicher hielt. Die übrige Mannschaft muß noch entschlossener und mehr zusammen spielen, dann dürfte die Elf bald bessere Resultate herausholen. Reiheburg war mit voller Besetzung zur Stelle. Da bei Rössen der rechte Verteidiger plötzlich erkrankt war, konnten nur 10 Mann zum Spiel antreten. Der Spielverlauf sah Reiheburg meist im Vorteil. In der 15. Minute nach Spielbeginn erzielte der Reiheburger Halblinke nach guter Kombination das erste, für den Vorwächter unhaltbare Tor. Zu den nächsten zehn Minuten hat Reiheburg bereits den zweiten Treffer angebracht. Mit 2:0 für Reiheburg geht es in die Pause. Nach Halbzeit Drängen der Rössener Stürmer, unterstützt von den Läufern. Schon glaubt Rössen zum Ehrentor zu gelangen, als an dem herausgelaufenen Torwart vorbei ins leere Tor geschossen wurde, aber der Reiheburger Verteidiger ist schnell zur Stelle, um den Ball in der Nähe der Torlinie mit den Händen ins Feld zurückzuschlagen. Der vom Schiedsrichter gegebene Elfmeter wurde verschossen, ebenso ein Freistoß aus 17 Meter Entfernung. Erst in den letzten 15 Minuten war es Reiheburg möglich, noch 3 weitere Erfolge anzubringen. Der Unparteiische (98-Halle) war gut und einwandfrei. — Die II. Mannschaft des Vereins hatte auf dem Rössener Sportplatz die III. Mannschaft von Vorwärts-Köthen zu Gaste und errang einen einwandfreien Sieg von 8:2. — Die Jugendmannschaft stand am Vormittag der III. Jugend von 98-Halle im Verbandsspiel gegenüber und gewann 8:0.

Vorwärts II-Köthen und B. f. R. II-Reiheburg

standen sich im Verbandsspiel gegenüber und mußte ersterer eine Niederlage von 0:6 einstecken. Reiheburg war durchweg die bessere Mannschaft und hatte den Sieg verdient. Beim Vorwärts fehlt immer wieder das Zusammenspiel und der Torschuß. — Vorwärts III unterlag der körperlich überlegenen II Mannschaft des Turn- und Sportvereins Rössen mit 2:8. — Die glücklichere Elf war der Jugendmannschaft, sie konnte — nur mit 9 Mann spielend — die II. Jugendmannschaft von Teutonia-Weißenfels mit 1:0 schlagen. — Die I. Knabenmannschaft verlor gegen die gleiche Mannschaft des Sportvereins 99-Merseburg mit 1:0.

Turnunterricht an Fortbildungsschulen.

Der Minister für Handel und Gewerbe legt nach einer Verfügung vom 12. Dezember auf die Einführung des pflichtmäßigen Turnunterrichts in der Fortbildungsschule großes Gewicht. Dieser soll nach Möglichkeit innerhalb des Rahmens der Schule von voll für ihren Beruf ausgebildeten Turnlehrern erteilt werden. Der Minister trägt jedoch keine Bedenken, daß die Regierungspräsidenten auf Antrag der zuständigen Gemeindebehörden diejenigen Schüler der Fortbildungsschulen, die an turnerischen und sportlichen Veranstaltungen von Vereinen teilnehmen, vom pflichtgemäßen Turnunterricht der Fortbildungsschule befreien können, wenn der regelmäßige Besuch der Veranstaltungen des Vereins durch geeignete Kontrolle, die zweckmäßige Durchführung der Übung durch Vorhandensein geeigneter Lehrpersonen und Einrichtungen gesichert ist, und wenn die Übungen mindestens in gleichem Umfange stattfinden, wie der pflichtmäßige Turnunterricht der Fortbildungsschule. Hier erwächst den Turn- und Sportvereinen ein reiches Feld der Tätigkeit.

Sportliche Reisen der Jugendlichen.

Der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen hat auf Antrag an das Reichsverkehrsministerium die örtlichen Dienststellen über die Durchführung des Erlasses bezüglich Reisen von Jugendlichen im Interesse der Jugendpflege genügend aufzuklären, folgende Antwort des Ministers erhalten:

Die Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege kann unter Umständen auch für parteiischen Vereinsvereinigungen unterschiedslos Jugendorganisationen aller politischen Richtungen gewährt werden. Sie kann auch von den besonderen Jugendabteilungen solcher Vereine in Anspruch genommen werden, die nicht ausgesprochen Jugendpflege umfaßt, wie z. B. Turn-, Schwimm-, Ruder-, Ballspielvereine usw., deren Zweck aber die Pflege von Leibesübungen ihrer Mitglieder ist. Auch soll sie nicht nur für Verbesserung der Jugendlichen, sondern auch für Beteiligung an sportlichen Veranstaltungen, wie z. B. zur Austragung von Wettkämpfen, gewährt werden. Die Dienststellen sind zur Vermeidung von unbegründeten Vorentscheidungen der Fahrpreisermäßigung nochmals besonders aufgeklärt und unterwiesen worden.

*

♢ **Amtliche Mitteilungen des Saalegaues (Jugend-Abteilung).** Änderung der Terminliste 30 Januar 1921. Die für den 30. Januar 1921 angesetzten Verbandsspiele gegen Merseburger Mannschaften fallen sämtlich aus. Ferner kommt das Spiel 98 III b—Rössen I (96) in Wegfall. — Resultate der restlichen Spiele der ersten Serie: Klasse I A: Wacker I—Sportfr. I (Wacker 2 Punkte Sportfreunde nicht angetreten). Klasse III: Rössen I—Vor. III 2:7 (0 Punkte, bei Rössen Karl Bott, bei Vor. Theodor Läßig nicht berechtigt); Rössen I—Eintr. II 2:2 (Rössen 2 Punkte, Kurt Heinze und Kurt Querengässer nicht berechtigt); Eintr. II—B. f. L.-M. III (0 Punkte, Kurt Knorre (Eintr.) und Erich Bestier (B. f. L.-M.) nicht gemeldet); Wacker III—98 III b 6:2; B. f. L.-M. III—98 III a 5:1.

♢ **Sport im Geiseltale.** Nach vorangegangenen regnerischen Tagen zeigte der Himmel am Sonntagnachmittag doch ein freundliches Gesicht, Sonne und Wind trockneten die Erde schnell ab und es herrschte trotz starken Windes reges Leben auf den Sportplätzen. Sportklub Mücheln I weilte in Können und brachte einen 6:2-Sieg mit nach Hause. Sportklub-Mücheln II hatte Germania II-Merseburg als Gast und mußte sich den Germanen knapp mit 0:1 beugen. Eintracht I-Crumpa schlug A.F.W. I-Mücheln mit 2:1. Eintracht II-Crumpa schlug A.F.W. II-Mücheln mit 2:0 und brach das Spiel 10 Minuten vor Schluß wegen unrichtiger Entscheidung ab.

♢ **Turnerische Vereinigung.** Zu dem Ersatzturnabend gestern hatte sich ein zahlreiches, lustiges Völchen an der Sammelstelle eingestellt. Mit dem Wahlspruch für den Abend: „Immer lustig Blut und heiteren Sinn!" gegen die Teilnehmer vergnügt nach Niederbeuna hin. Wie interessant ist die ganze Gegend mit ihren Tausenden von Lichtern am Abend. Der herrliche Sternenhimmel vollendete das sehenswerte Bild. Vater Zäsch auf Bahnhof Niederbeuna hatte freundlichst sein Vereinszimmer zur Verfügung gestellt. Bei dem Klange unserer schönen Turnerlieder erhöhte sich die an und für sich schon gemütliche Stimmung. Wer's nicht glauben will, überzeuge sich künftig selbst und nehme an den Veranstaltungen der Vereinigung mit dem Willen, heiter zu sein, persönlich teil. Die frohen Stunden werden niemand gereuen. Mit der Frage: „Wann ist die nächste Wanderung?" und der Antwort: „Nächste Turnstunde ist am Dienstag den 1. Februar, um 3. Februar findet der Kammermusik- und Liederabend statt und die nächste Wanderung führt am 6. Februar nach Geusa!" trennte man sich.

♢ **Bekanntmachung des Deutschen Schwimmverbandes, der Deutschen Sportbehörde für Athletik und des Deutschen Fußball-Bundes.** Nachdem aus den gescheiterten Einigungsverhandlungen der Mitte der Leitung der Deutschen Turnerschaft klar ersichtlich geworden, den historischen und sachlichen Anspruch der Fachverbände auf selbständige Verwaltung der Sportzweige und auf die von ihnen seit Jahrzehnten veranstalteten Deutschen Meisterschaften nicht anzuerkennen, schen sich die Sportverbände gezwungen, in Abwehr gegen diese Bestrebungen, den Sport zu zerspittern, folgende Bestimmungen zu erlassen: 1. Für alle Athletik-, Schwimm- und Fußball-Veranstaltungen der Deutschen Turnerschaft und ihrer Glieder, die ohne Genehmigung der zuständigen Fachverbände erfolgen, wird Teilnahmeverbot erlassen. 2. Alle Vereine bezw. Abteilungen, die sich an den unter 1. verbotenen Veranstaltungen beteiligen, werden disqualifiziert. Die Einzelnerson als Teilnehmer wird namentlich disqualifiziert. Die Disqualifikation dauert mindestens ein halbes Jahr. Für die Gefahrzone des Reiches (das besetzte Gebiet, Oberschlesien und Danzig) treten diese Bestimmungen nicht in Kraft.

♢ **Ein großes Spielplatzprojekt für Halle.** Schon seit längerer Zeit schweben Verhandlungen über die Schaffung von Spiel- und Sportplätzen durch die Stadt, die nach Fertigstellung den Turn- und Sportverbänden zur Verfügung gestellt werden sollen. Man hat sich dem Vernehmen nach darauf beschränkt, vorläufig zwei neue Sportplätze seitens der Stadt zu schaffen. Der eine soll in der Nähe des Paul Riebechlisses in der Kreuzung der Hutten- und Röpziger-straße, der andere in der Nähe des Heitstedter Bahnhofs an der Nietlebener Chaussee angelegt werden. Die Kosten dafür sollen auf etwa 1½ Millionen Mark veranschlagt sein. Da sich hier die Möglichkeit bietet, den Erwerbslosen Arbeitsgelegenheit zu bieten, soll sich das Reich bereiterklärt haben, einen erheblichen Teil der Kosten zu übernehmen, so daß die Stadt verhältnismäßig billig zu diesen Sportplätzen kommt. Ob Grüchtmeste verneint, hat die Arbeiten bereits in Angriff genommen sind, ohne daß die Stadtverordnetenversammlung ihre Zustimmung gegeben hat. h.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 7 — Merseburg, 26. Januar — 1921

441 **Das Projekt über die Anlage einer Weiche und eines Achenkippgleises des Ammoniakwerkes Leuna**

beim Übergabebahnhof Bösenchen liegt in der Zeit vom 26. Januar bis zum 8. Februar im Kreishaus, Zimmer Nr. 14, zur Einsicht aus. Während dieser Zeit kann jeder Beteiligte im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen das Projekt erheben, welche entweder schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu geben sind.

Merseburg, den 25. Januar 1921.

J. V.: Kürsten, Kreisbeputierter.

451 Der Herr Oberpräsident hat die Wahl der nachstehend genannten Personen zu Amtsvorstehern bezw. Amtsvorsteher-Stellvertretern bestätigt.

Amtsbezirk Menschow:
Amtsvorsteher: Maurer Friedrich Mee in Menschow.

Amtsbezirk Niber:
Amtsvorsteher: Fischermeister Emil Polß in Niber.
Stellvertreter: Schlosser Richard Stöbe in Bibischen.

Amtsbezirk Petitz a. S.
Amtsvorsteher: Lagerhalter Johann Schroeder in Wulfshof.
Stellvertreter: Arbeiter Heinrich Gottschalk in Wulfshof.

Amtsbezirk Pödsen:
Stellvertreter: Arbeiter Franz Wächter in Zöschen.

Amtsbezirk Dürrenberg:
Amtsvorsteher: Dentist Wilhelm Schmidter in Dürrenberg.
Stellvertreter: Steinmetz Karl Reibold in Bahlitz.

Amtsbezirk Groß-Grörschen:
Stellvertreter: Zimmerpolier Willi Sperber in Kleingrörschen.

Amtsbezirk Frankleben:
Stellvertreter: Arbeiter Bernhard Müller in Benna.

Merseburg, den 24. Januar 1921.

J. V.: Kürsten, Kreisbeputierter.

461 **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen in den Gehöften von Wulfeck und Kuebius in Menschow.
Die Sperrmaßregeln werden aufgehoben.

Merseburg, den 20. Januar 1921.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisbeputierter.

471 **Handel und Verkehr mit Schweinen.**

Da die viehseuchenpolizeiliche Anordnung des Herrn Reichsministers der Landwirtschaft vom 17. Dez. 1912 (Amtsblatt S. 481 Nr. 1372) seitens der Händler mehrfach nicht beachtet wird, so weise ich sie hiermit in Erinnerung.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen unterliegen den Strafvorschriften der §§ 74 und 76 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1903.

Merseburg, den 24. Januar 1921.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisbeputierter.

Stadt Merseburg.

Ausgabe der Milchkarten

für den Monat Februar 1921 im alten Rathause in der Burgstraße 1.

Die Ausgabe erfolgt gegen Abgabe der Stammkarten für den Monat Januar an

Donnerstag, den 27. Januar 1921: vorm. 8—12½ Uhr.
nachmittags von 3—7 Uhr

für die Kunden der Bäckerinnungen Schmalbe, Burgstraße 14, Müller, Amsenstraße 33, Heinicke, Stobenauer Straße 34, Münger, Gotenp an 2.

Freitag, den 28. Januar 1921: vorm. 8—12½ Uhr.
nachmittags von 3—7 Uhr

für die Kunden der Bäckerinnungen Bartel, Schmarcke, Seeburg, Unter-Altenburg 58, Meißner, Bornmeck, Kunze, Obere Breite Straße.

Für Ausschänkung der nicht rechtzeitig abgeholten Milchkarten mit 1 Gebühr von 50 P. je Haushalt und je Fall erhoben, um die durch diese Sonderausgaben entstehenden Mehrkosten zu decken.

Merseburg, den 25. Januar 1921.

Das städtische Lebensmittelamt.

L. A. II 3019/20.

Donnerstag, den 27. d. M., bleibt mein Geschäft geschlossen.
Kulicke, Lindenstr.-Ecke Karlstr.

Persil
wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche, spart Arbeit Seife u. Kohlen.
Bestes und billigstes selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Achtung! Landwirte!
Schlachtepferde, Esel u. Fohlen kauft
zu sehr hohen Preisen von 300 Mk. pro Zentner aufwärts. (Für wohlgenährt, fette Pferde Extrapreise)
Franz Vogel
Groß-Roßschlächterei, Radewell-Ammendorf
Tel.-Amt Ammendorf 58.
Bei Notschlachtungen aller Art schnellstens zur Stelle
Vermittler erhalten hohe Provisionen

Treibriemen
v. Dolffs & Helle, Braunschweig
Bedeutende Ledertreibriemen-Fabrik

Druck und Verlag von Th. Richter in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210126-17/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.80 Mk., frei Haus 5.– Mk., durch unsere Landboten 5.20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen 6 Mk einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg. im Reklameteil 1 Mk., für Stellenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mit der wöchentlich 7maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 21 — Mittwoch den 26. Januar 1921 — 47. Jahrg.

Deutschland und Rußland.

Der deutsche Reichstag hat der Besprechung der von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei eingebrachten Interpellation über die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland fast zwei volle Sitzungstage gewidmet, in der richtigen Erkenntnis, daß es sich hier tatsächlich, wie auch der Minister des Äußern Simons betonte, um eine Kern- und Lebensfrage handelt. Zusammenfassend konnte der der Partei der Interpellanten angehörige Dr. Breitscheid feststellen, daß eigentlich von allen Parteien mit Ausnahme der äußersten Rechten, den Deutschnationalen, die Wiederaufnahme der Handels- und der politischen Beziehungen zu Rußland als wünschenswert bezeichnet wird und nur Bedenken über die Möglichkeit der tatsächlichen Durchführbarkeit bestehen.

Diese Bedenken sind begründet und sie haben in den Reichstagsdebatten naturgemäß einen sehr weiten Raum eingenommen. Fast keine der Parteien hat sich der Erkenntnis verschließen können, daß die wirtschaftliche Lage Rußlands außerordentlich schlecht ist. Nun gehört aber zu geregelten Handelsbeziehungen auch die Gegenseitigkeit. Rußland müßte also in der Lage sein, in dem Augenblick, in dem Deutschland Güter nach Rußland ausführen würde, auch die erforderlichen Gegenwerte zu liefern. Es kommt noch hinzu, daß es außerordentlich schwierig ist, das kommunistische System der Sowjetregierung mit dem deutschen Wirtschaftssystem in Einklang zu bringen. Diese Schwierigkeiten bestehen ja nicht nur für Deutschland, sondern sie machen sich in dem gleichen Maße in den übrigen europäischen Ländern bemerkbar. Dabei ist es gleichgültig, ob man nun die Schuld für die schlechte wirtschaftliche Lage Rußlands auf das Sowjetsystem oder auf den unendlich langen Krieg und die Wirkungen der Blockade schiebt. Es ist ja bekannt, daß die Sowjetregierung außerordentlich große Pläne zum wirtschaftlichen Wiederaufbau hat ausarbeiten lassen. Es sei hier nur erinnert an das sehr umfangreiche Problem der Elektrisierung Rußlands, über das ebenso wie über die andern ausgearbeiteten Pläne das Goldschmidt'sche Buch über das Wirtschaftssystem Sowjetrußlands Auskunft gibt. Diese Pläne hat wohl auch der Minister Simons im Auge gehabt, als er in einer früheren Rede sich verständnisinnig günstig über das Sowjetsystem aussprach. In seiner Antwort auf die Interpellation hat Minister Simons betont, daß diese Pläne von gigantischem Ausmaß leider nur Pläne geblieben sind. Solche Pläne mögen sich in Tafeln und Karten an den Wänden der Zimmer des Obersten Wirtschaftsrats in Moskau ja sehr dekorativ ausnehmen, aber mit den Plänen allein ist natürlich dem Wiederaufbau nicht gedient. Die heutige Regierung Rußlands dürfte kaum in der Lage sein, diese Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. So sind denn irgend welche Anzeichen für einen Aufbau der russischen Volkswirtschaft, der allein einen wirtschaftlichen Verkehr ermöglichen würde, nicht zu entdecken. Das Transportwesen ist zerrüttet. Das amtliche, von der Sowjetregierung beigebrachte Material besagt, daß die Zahl der gebrauchsfähigen Lokomotiven sich von Monat zu Monat verringert. Es versteht sich von selbst, daß unter diesen Umständen der Aufbau der russischen Wirtschaft nur ganz außerordentlich langsam vonstatten gehen kann.

Zu diesen Schwierigkeiten treten, wie Minister Simons in seiner Rede ausführte, noch weitere Hemmnisse. Einmal ist es die von den Sowjetvertretern systematisch betriebene Propaganda. Keine Regierung kann sich die Einmischung russischer Delegierter in die inneren Verhältnisse des Landes gefallen lassen. Die deutsche Regierung hat sich daher genötigt gesehen, gewisse Einschränkungen der Einreiseerlaubnis eintreten zu lassen. Es muß, wie der Minister ausführte, also vorläufig sein Bewenden dabei haben, daß der Verkehr mit Sowjetrußland nicht normal, sondern nur auf dem Wege besonderer Agenten gepflogen werden kann. Es gibt ja auch zu denken, daß die Sowjetregierung selbst nur in den seltensten Fällen Einreiseerlaubnisse erteilt. Darüber hinaus spielt die Ermordung des deutschen Gesandten Mirbach in Rußland im Juli 1918 noch eine gewisse Rolle. Es ist nicht gelungen, von der Sowjetregierung irgendeine Genugtuung noch eine Mitteilung über die Bestrafung der Schuldigen zu erhalten. Trotzdem dürfte natürlich der Tod des Gesandten Mirbach, wie der demokratische Abgeordnete Gothein mit Recht ausführte, nicht ewig die Anbahnung guter Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland hindern. Aber auch Gothein betonte ausdrücklich, daß, wenn es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen käme Deutschland unbedingt verlangen müsse, daß sich die russische Regierung und ihr Gesandter jeder Beeinflussung der innerdeutschen Politik enthalten.

Auf dem Wege zur Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland liegen heute also noch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten. Trotzdem hat man dieser Frage auch in Deutschland immer ein reges Interesse entgegengebracht. Die deutsche Regierung hat bekanntlich erst unlängst einen Handelssachverständigen nach Rußland, Herrn Dr. Paul Stähler, entsandt, und man hofft, daß bald weitere Sachverständige und Kommissionen folgen können. An dem Wiederaufbau Rußlands hat Deutschland naturgemäß ein außerordentlich großes Interesse, und mit Recht betonte Minister Simons, daß der Wiederaufbau Rußlands im Interesse der Volksernährung unbedingt notwendig sei. Wenn der Minister weiter ausführte, er halte das nicht nur für eine Aufgabe Deutschlands, sondern ganz Europas, und er würde es begrüßen, wenn darüber eine Verständigung zwischen den Völkern herbeigeführt würde, so befindet er sich darin in völliger Übereinstimmung mit dem Engländer Keynes, der in seinem Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages auch dieses Problem behandelt und auf die Notwendigkeit hinweist, den russischen Markt wieder herzustellen.

Auch das System, um Rußland herum Barrieren zu ziehen, durch die hauptsächlich Deutschland geschädigt werden soll, verurteilt Keynes, ebenso wie sich Minister Simons dagegen wandte. Keynes hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Deutschland, wenn die Entente nicht zugibt, daß es sich mit Warenaustausch durch Rußland hält, unvermeidlich ein Wettbewerber um die Ernten der neuen Welt werden müsse, was naturgemäß auf die Ernährungslage in den Ententeländern zurückwirken müsse. So ist dieses Problem allein für Deutschland nicht lösbar, und wenn die ganze Debatte im Reichstag schließlich in wenig positive Ergebnisse gezeitigt hat, so ist dies einmal hierauf zurückzuführen, wie andererseits darauf, daß die Sphinx im Osten noch immer ihres Ödipus harrt.

Starkes Wachsen der Erwerbslosenzahlen.

Berlin, 26. Jan. Das Reichsarbeitsministerium teilte mit: die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember bis 1. Januar um 43 000 auf rund 409 000 gestiegen und zwar hat die Zahl der männlichen sich von 292 000 auf 333 000, die der weiblichen von 74 000 auf 76 000 erhöht. Der besondere Steigerung der männlichen Erwerbslosen entspricht die starke Zunahme der Familienangehörigen von 381 000 auf 454 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die unterstützten Erwerbslosen mit ihren Angehörigen nur einen Bruchteil der wirklich Erwerbslosen bilden. Tatsächlich dürfte die Zahl der Erwerbslosen und ihrer mitbetroffenen Angehörigen das Doppelte der vorgenannten Ziffern überschreiten, wozu noch die sehr große Zahl der sogenannten „Kurzarbeiter" tritt.

Starke Erhöhung der Getreidepreise für 1921.

Berlin, 26. Jan. Wie der Vorw. mitteilt, hat sich das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft entschlossen, für die nächste Ernte folgende Mindestpreise in Vorschlag zu bringen: für Roggen: 2050 M, bisher Höchstpreis 1430 M, Gerste und Hafer: 2050 M, bisher 1380 M, und Weizen: 2252 M, bisher 1570 M pro Tonne.

Die Brotversorgung bis Anfang Mai gesichert.

Berlin, 26. Jan. Wie das B. T. zuverlässig erfährt, haben sich die Behörden mit Getreide für die Brotversorgung bis Anfang Mai genügend eingedeckt. Das Sinken des Dollarkurses ermöglichte den Bezug amerikanischen Getreides zu günstigen Preisen. Eine Krisis in der Brotversorgung ist in diesem Jahr nicht zu befürchten.

Der erste Transport amerikanischer Milchkühe.

Bremen, 26. Jan. (WTB.) Der Dampfer „West Arrow" mit dem ersten Transport amerikanischer Milchkühe hat am 20. Januar Norfolk verlassen, um direkt nach Bremen zu fahren. Der Dampfer wird voraussichtlich am 4. Februar in Bremerhaven eintreffen. Dem Bernehmen nach haben einige junge amerikanische Farmer und Studenten sich freiwillig zur Verfügung gestellt, den Transport zu begleiten, für gute Pflege und Behandlung der Kühe zu sorgen und nach Möglichkeit eine gute Überfahrt des Transportes zu gewährleisten.

Wieder ein polnischer Waffentransport angehalten.

Breslau, 26. Jan. Wie die „Schlesische Zeitung" im Abendblatt mitteilt, ist ein großer polnischer Waffen- und Munitionstransport von der Abstimmungspolizei in Oberschlesien auf der Straße bei Kraschcow, Kreis Oppeln, angehalten worden. Es wurden beschlagnahmt: 48 Gewehre, über 1000 Schuß Munition und 45 Gummiknüttel. Von den zehn Begleitern des Transportes konnten nur vier festgenommen werden.

Neuwahlen in Mecklenburg.

Schwerin, 26. Jan. In der heutigen Sitzung des mecklenburgischen Landtages brachte die Deutschnationale Volkspartei einen Antrag ein, den Landtag vorzeitig aufzulösen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Zugleich wurde beschlossen, die Neuwahlen am 13. März vorzunehmen. Der Landtag arbeitet jedoch vorläufig in der bisherigen Zusammensetzung weiter.

Rapide Entvölkerung Petersburgs.

Riga, 26. Jan. (WTB.) Aus Petersburg wird berichtet, daß die Stadt jetzt 250 000 Einwohner habe (gegen 2 Millionen vor dem Kriege! Die Red.). Der Mangel an Lebensmitteln ist viel größer als in Moskau. Von Petersburg abreisende Privatpersonen sind verpflichtet, Geiseln als Sicherheit für ihre Rückkehr zu stellen. Aber nichtsdestoweniger nimmt die Zahl der Bevölkerung in Petersburg schnell ab.

Rückzug der Bolschewisten in Persien.

Paris, 26. Jan. (W.T.B.) Times melden aus Teheran, daß die Bolschewisten die Stadt Resht verlassen haben und sich anschicken, Enzeli zu räumen.

Teilweise Demobilmachung in Rußland?

Helsingfors, 26. Jan. (TU.) Meldungen zufolge soll der Volkskommissar Trotzki den Befehl gegeben haben, mit der teilweisen Demobilmachung der Roten Armee zu beginnen.

Die Alliierten walten in der Türkei.

Konstantinopel, 26. Jan. (TU.) Die Alliierten haben die Zölle der Türkei mit Beschlag belegt. Der Sultan ist der einzige, der noch Geld empfängt. Die Beamten haben seit vier Monaten kein Gehalt mehr erhalten. Die Nationalisten nutzen dies für ihre Zwecke aus, indem sie Geldsendungen an die Beamten nach Konstantinopel gelangen lassen.

Neue Zusammenstöße in Italien.

Rom, 26. Jan. (TU.) In Modena ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalisten und Sozialisten gekommen. Der Generalstreik wurde ausgerufen. — In Mailand versuchte gestern nachmittag ein Trupp Nationalisten die Buchhandlung des Sozialistenblattes „Avanti" in Brand zu setzen. Zum Schutz der Arbeiterkammer sind umfangreiche polizeiliche Maßnahmen getroffen worden.

Die Gattsicher gegen die Habsburger.

Warschau, 26. Jan. (TU.) Die galizischen Abgeordneten haben im polnischen Reichstag einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß die polnische Regierung sich gegen die Einsetzung der Habsburger in der Ukraine ausspricht. Nach neuen Meldungen sollen die Verhandlungen habsburgischer Agenten mit der Ukraine zur Errichtung eines eigenen Königshauses sich bestätigen.

Die Pariser Ministerkonferenz.

Über den ersten Tag der Ministerkonferenz

wird aus Paris noch folgender Bericht verbreitet:

Paris, 25. Jan. Das Beispiel der Konferenz von Spa wiederholt sich bei den Pariser Beratungen. Die Alliierten können in dem Leitraum, den sie sich gesetzt hatten, die zu besprechenden Fragen nicht erledigen. Das Abrüstungsproblem, mit dem man in der Vormittagssitzung fertig zu werden hoffte, konnte [illegible] Nachm[illegible]

jedes Wort [illegible] den dem heimlichen oder öffentlichen Vorhandensein der Echo, von den in den Feuerungen von Küstrin und Königsberg aufbewahrten Kanonen. Was bereits abgeliefert und zerstört wurde, ist beträchtlich. Deutschland ist künftighin unfähig, sich auf irgendein ernstliches militärisches Abenteuer gegen die Alliierten einzulassen. Die bolschewistische Gefahr im Innern und im Äußern kann, wie Lloyd George weiter ausführte, nicht vernachlässigt werden. Deutschland kann nicht ohne Verteidigung bleiben. Bayern widersetzt sich dem Befehl von Berlin, weil dort die öffentliche Meinung Sicherheit und Schutz fordert. Ist es gerecht, daß man Deutschland, besonders die Bevölkerung des Ruhrgebiets für Fehler von München bestrafen will? Das Datum des 1. Mai, das von Marschall Foch vorgeschlagen ist, bezeichnet es nicht gerade jene Epoche, wo Unternehmungen der Roten Armee am meisten zu befürchten sind? Von diesen Voraussetzungen ausgehend

schlug Lloyd George, daß die militärischen Sachverständigen in allen ihren Schlußfolgerungen nicht recht hätten und daß man sich noch immer zu der Methode von Spa bekehren solle, und deutsche militärische Sachverständige, wie bei der Konferenz von Spa, zuziehen möge.

Diese Anschauung fand den lebhaften Widerspruch von Briand, aber Unterstützung durch Jaspar und den Grafen Sforza. Letzterer bestand darauf, da die militärischen Fragen nicht lösungsbereit seien, vorläufig das österreichische Problem in Erörterung zu ziehen sowie die griechische und die übrigen orientalischen Angelegenheiten. In diesem Sinne wurde entschieden. Das interalliierte Militärkomitee von Versailles hat den Auftrag erhalten, einen einvernehmlichen Bericht, der von den englischen und französischen Sachverständigen ausgearbeitet ist, der Konferenz vorzulegen. In diesem Bericht werde über alle militärischen, marinetechnischen und Luftschiffahrtsfragen Auskunft zu geben sein und es steht noch nicht fest, wann dieser Bericht vorgelegt werden kann. Die gleiche Unsicherheit besteht darin, wann das Entschädigungsproblem zur Sprache kommen kann. Gestern speisten Lloyd George und Leucheur zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurde nach Pariser Zeitungsberichten nicht nur die Kohlen-, sondern auch die Entschädigungsfrage in eingehende Besprechung genommen. Wenn eine Mitteilung des „Oeuvre" richtig ist, würde Leucheur vorgeschlagen haben, auf das System Seydoux vollständig zu verzichten und neue Methoden für die Lösung der Entschädigungsfrage zu finden. Der „Petit Parisien" erklärt, daß Leucheur Lloyd George klargemacht habe, daß man zwar auf Naturalleistungen von Deutschland eingehen müsse, daß aber die Beistellung deutscher Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in Nordfrankreich nur in dem Maße beschlossen würde, daß die französischen Arbeiter nicht verdrängt würden. Deutschlands Fertigwaren dürften nur in dem Maße zugelassen werden, als diese in Frankreich nicht hergestellt werden könnten. Deutschland solle hauptsächlich Rohstoffe, namentlich Kohlen oder jene Produkte liefern, die in Frankreich nicht erzeugt werden. Jedenfalls ist alles am Fluß und die Angabe des „Matin", daß man eine Gesamtentschädigungssumme von 269 Milliarden vorschlagen werde, bereitet nicht, daß dieser Vorschlag tatsächlich unter den Alliierten erörtert wird.

Die heutige Vormittagssitzung wird sich mit der

österreichischen Frage

beschäftigen. Es ist wahrscheinlich daß England Österreich Kredite gewähren wird. Der von Österreich gewünschte große Kredit wird aber kaum zustande kommen können, weil namentlich Frankreich erklärt, daß es nicht über genügend Geldmittel verfüge.

Die Orientfrage vor der Ministerkonferenz.

Paris, 26. Jan. Der amtliche Bericht über die gestrige Nachmittagssitzung der Pariser Konferenz lautet: Die Konferenz hat beschlossen, in allernächster Zeit in London eine Konferenz alliierter Delegierter einzuberufen, an der Vertreter von Griechenland und der Türkei teilnehmen sollen, um zu einer Regelung der Orientfragen zu gelangen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210126-17/fragment/page=0007